

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Kein Herz für Europa?	1
Monitoring Social Europe Workshop-Bericht	6
Informationsdefizite und Schonung Angehöriger Hauptgründe für Verzicht auf Sozialhilfe	7
Dunkelziffer der Armut Buchhinweis	11
Neue Internetangebote der Abteilung Soziale Indikatoren	11
Starke Einbußen des subjektiven Wohlbefindens bei Hilfe- oder Pflege- bedürftigkeit	12
„Atlas of European Values“ zeigt die Vielfalt in den Wertorientierungen der europäischen Bürger Buchhinweis	15
Soziale Indikatoren und Lebensqualität – Zwei Konferenzen in Südafrika	16

Kein Herz für Europa?

Komparative Indikatoren und Analysen zur europäischen
Identität der Bürger

Das nicht nur auf ökonomische Harmonisierung, sondern darüber hinaus auch auf eine weitergehende politische Vereinigung abzielende europäische Projekt hat in den zurückliegenden Jahren enorme Fortschritte gemacht, auch wenn es – nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden – derzeit ins Stocken geraten zu sein scheint. Zu den Fragen, die der Prozess der fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Vereinigung Europas aufwirft, gehört insbesondere auch die nach der sozialen Integration: Wie weit ist die soziale Integration gediehen, und wird am Ende dieses Prozesses möglicherweise eine einheitliche europäische Gesellschaft stehen, in der die heutigen nationalen Gesellschaften aufgehen werden? Soziale Integration bedeutet zweifellos mehr als Konvergenz und Angleichung von Lebensverhältnissen und Strukturen, sondern impliziert wachsende gegenseitige Beziehungen, Verflechtungen, Solidarität und Bindungen. So gesehen kann auf der individuellen Ebene auch die subjektive Identifikation der einzelnen Bürger und ihr Gefühl der Zugehörigkeit zu und der Verbundenheit mit Europa als Maßstab für den Grad der europäischen Integration betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund untersucht der nachfolgende Beitrag, ob und in welchem Ausmaß sich die Bürger in den Mitgliedsländern subjektiv mit Europa identifizieren und als Europäer betrachten. Wie verhält sich das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa zur Identifikation mit der eigenen Nation oder auch subnationalen Ebenen, und ist diesbezüglich ein Wandel zu beobachten? Wie unterscheiden sich die Bevölkerungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Identifikation mit Europa und von welchen Faktoren hängt eine mehr oder weniger ausgeprägte Verbundenheit mit Europa ab?

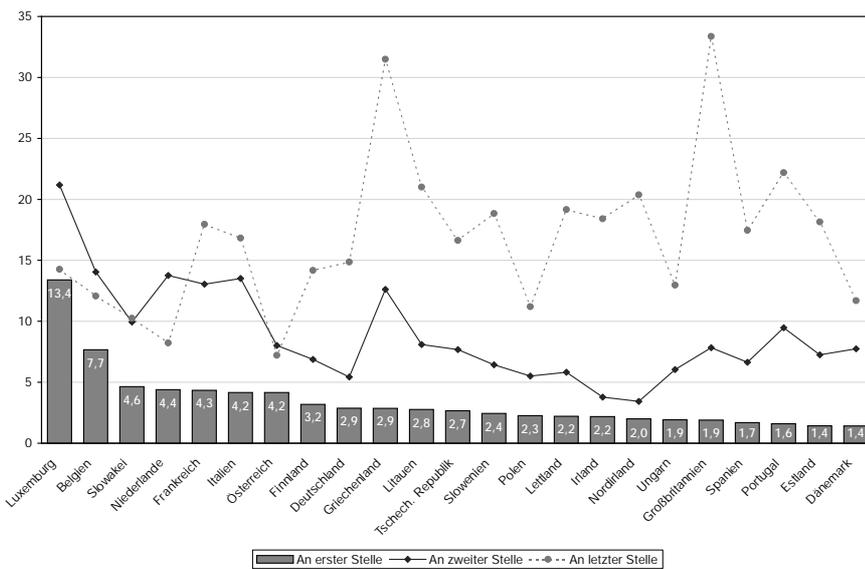
Untersucht werden diese und weitere Fragen anhand von Daten aus zwei verschiedenen europäischen Bevölkerungsumfragen, der European Values Study¹ aus dem Jahr 2000 sowie den Eurobarometer-Umfragen² aus verschiedenen Jahren. Die Untersuchung umfasst – je nach Datensatz und Perspektive – die früheren EU-15 oder die aktuellen EU-25-Länder. Für die Messung und Analyse einer europäischen im Vergleich zu alternativen Identitäten ist von entscheidender Bedeutung, was unter Identität verstanden und wie sie operationalisiert wird. Gemeint ist hier primär die subjektive Identifikation mit geographisch bzw. politisch definierten lebensräumlichen Einheiten – z.B. Stadt, Region, Land, Europa – im Sinne von Gefühlen der Zugehörigkeit und Verbundenheit. Weitgehende Einigkeit besteht darüber, dass Identitäten in diesem Sinne sich nicht zwangsläufig ausschließen müssen, sondern als ‚multiple Identitäten‘ nebeneinander existieren und sich gegenseitig ergänzen können. Dagegen bleibt vorerst ungeklärt, in wel-

chem Verhältnis die einzelnen Identitäten zueinander stehen, ob sie z.B. eine Hierarchie bilden, ineinander verschachtelt sind oder sich auf andere Weise – etwa nach dem Marmorkuchen-Modell – durchmischen (Risse 2000; Risse/Rieck 2004).

Bürger der EU-15-Mitgliedsländer fühlen sich Europa bisher nicht besonders eng verbunden

Derartige Unterschiede im Verständnis multipler Identitäten bzw. Identifikationen schlagen sich z.T. auch in den in verschiedenen Umfragen verwendeten Frageformulierungen und Indikatoren nieder. Die in der European Values Study verwendete Frage scheint sich stärker als andere an einem Konzept hierarchisch strukturierter Identitäten zu orientieren: „Welcher dieser geographischen Einheiten auf dieser Liste hier fühlen Sie sich am meisten zugehörig? Und welcher fühlen Sie sich an zweiter Stelle zugehörig? Und welcher füh-

Grafik 1: Subjektive Zugehörigkeit zu Europa - in %



Datenbasis: European Values Study 1999/2000

len Sie sich am wenigsten zugehörig? Dem Stadtteil, dem Ort, wo ich lebe, der Gegend, in der ich lebe, der Bundesrepublik Deutschland, Europa, der ganzen Welt?“ Die Verteilung der Antworten deutet alles in allem darauf hin, dass die Bürger der EU-15-Mitglieds-länder sich mit Europa bisher nicht besonders eng verbunden fühlen (Grafik 1).

Zumeist sind es nur winzige Minoritäten zwischen 1 und 5%, die Europa als die Einheit nennen, der sie sich in erster Linie zugehörig fühlen; lediglich in Luxemburg beträgt dieser Anteil mehr als zehn Prozent. Für die Mehrheit der Bürger ist es dagegen in aller Regel ihr Stadtteil bzw. ihr Wohnort, dem sie sich zuallererst zugehörig betrachten. Auch als Einheit, der man sich an zweiter Stelle zugehörig fühlt, folgt zumeist die Gegend bzw. Region, in der man lebt, oder das Heimatland, aber

nicht Europa. Nur in Luxemburg übersteigt der Anteil der Personen, die an zweiter Stelle Europa nennen, zwanzig Prozent, bleibt dagegen in den meisten der übrigen EU-15-Länder unterhalb von zehn Prozent. Gefragt, welcher Einheit sich die Bürger am wenigsten zugehörig fühlen, wird in der Regel die Welt insgesamt genannt, aber Europa folgt dabei in nahezu allen EU-15-Ländern unmittelbar danach.

Die Tatsache, dass der World Value Survey eine ähnliche Frage verwendet, ermöglicht es, die Antwortverteilung für die europäischen Länder mit der der USA zu vergleichen. Hier zeigen sich klare Unterschiede, aber auch erstaunliche Ähnlichkeiten: Wie nicht anders zu erwarten, identifizieren sich die Amerikaner mehrheitlich in erster Linie mit der Nation, aber der (geringe) Anteil derjenigen, die den

amerikanischen Kontinent als erste Wahl nennen, ist erstaunlicherweise nicht kleiner als der Anteil der Europäer, die an erster Stelle Europa nennen. Und selbst wenn es darum geht, mit welcher Ebene man sich an zweiter Stelle identifiziert, wird Europa von den Europäern kaum häufiger genannt als der amerikanische Kontinent von den U.S.-Bürgern (Noll 2005: 32).

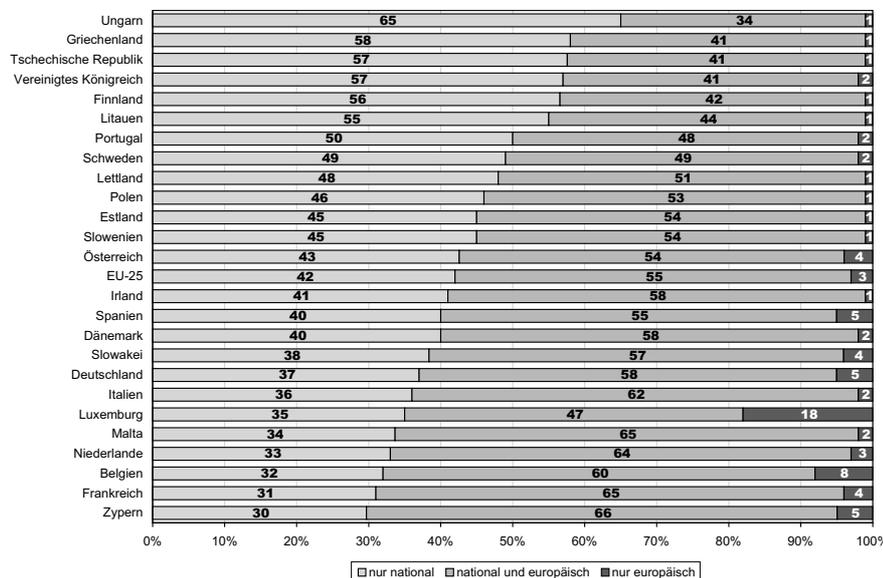
Stärker als es in der European Values Study der Fall ist, laden die in den Eurobarometer-Surveys gewählten Frageformulierungen die Befragten dazu ein, die Identifikation mit Europa nicht als konkurrierend zu ihrer nationalen, regionalen oder lokalen Identität zu betrachten, sondern als eine diese erweiternde oder ergänzende Zugehörigkeit. Dies schlägt sich erwartungsgemäß auch in den Antwortverteilungen nieder.

Mehrheit definiert sich in naher Zukunft nicht nur über eigene Nationalität, sondern sieht sich auch als Europäer

Einer der in diesem Kontext für die Messung der Identität verwendeten Indikatoren wirft die Frage auf, ob man sich in Zukunft ausschließlich als Deutscher, Franzose etc. sieht, ausschließlich als Europäer oder beides (national und europäisch, europäisch und national).³ Damit wird also explizit eine Variante der Identität als Antwortmöglichkeit angeboten, mit der die nationale um eine europäische erweitert wird. Zudem ist der zeitliche Bezug bei diesem Indikator nicht die Gegenwart, sondern eine nicht präzise bestimmte ‚nahe Zukunft‘, was dazu beitragen mag, die Verhältnisse im Hinblick auf eine ausschließlich nationale Identität für die Gegenwart zu unterschätzen und die Identifikation mit Europa zu überschätzen. Wie aus Grafik 2 zu ersehen ist, definiert sich in den EU-25-Mitgliedsländern – mit Blick in die nahe Zukunft – im Durchschnitt der Befragten ein größerer Anteil sowohl durch ihre eigene Nationalität und zugleich als Europäer (55%) denn ausschließlich durch ihre eigene Nationalität (42%). Ausschließlich als Europäer betrachtet sich dagegen mit 3% lediglich eine verschwindend kleine Minderheit der Befragten; nur in Luxemburg übersteigt dieser Anteil zehn Prozent. Auch die Kombination, in der die europäische Identität vor der nationalen genannt wird, kommt nur sehr selten vor.

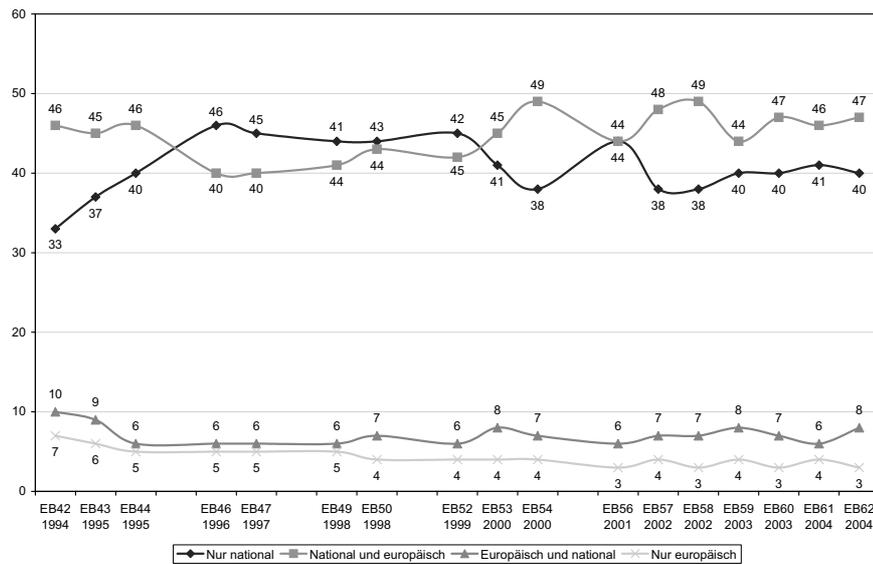
Der Anteil der Personen, die sich nur über ihre eigene Nationalität definieren, variiert innerhalb der EU-25-Länder beträchtlich und reicht von 30% in Zypern bis zu 65% in Ungarn. Ein offensichtliches Ländermuster ist dabei nicht zu erkennen: Zwar entsprechen manche Einstufungen – wie z.B. der hohe Anteil derjenigen, die sich ausschließlich mit der eigenen Nationalität identifizieren, in Großbritannien und deren niedrige Anteile in den Benelux-Ländern – der Erwartung, doch sind alte und neue Mitgliedsländer, arme und reiche, nördliche und südliche, westliche und östliche über das gesamte Spektrum vertreten. In Deutsch-

Grafik 2 Nationale und/oder europäische Identität – EU-25-Mitgliedsländer (2004)



Datenbasis: Eurobarometer 62, Herbst 2004

Grafik 3: Nationale und/oder europäische Identität – EU-15-Länder (1994-2004)



Datenbasis: Eurobarometer 42 (1994) bis 62 (2004), Quelle: Eurobarometer 62 (2004): 94

land geben 37% der Befragten an, sich nur als Deutscher zu sehen, 58% als deutsch und europäisch bzw. europäisch und deutsch sowie 5% als ausschließlich europäisch. Deutschland gehört damit zu den Ländern mit einer vergleichsweise schwach ausgeprägten nationalen Identität, was u.a. auch in dem von den Bürgern empfundenen Nationalstolz zum Ausdruck kommt, der in Deutschland schwächer als in allen anderen EU-25-Ländern ausgeprägt ist.

Kein Trend zu wachsender Identifikation mit Europa

Untersucht man, wie sich die Anteile der verschiedenen Identitätsvarianten im Zeitverlauf entwickelt haben (Grafik 3), so wird deutlich, dass von einem Trend hin zu einer wachsenden Identifikation mit Europa – in dem hier betrachteten Zeitraum von 1994 bis 2004 – in den EU-15-Ländern nicht gesprochen werden kann. Vielmehr weisen die Anteilswerte – von leichten Schwankungen abgesehen – eine hohe Stabilität ohne erkennbare Veränderungstendenzen im Zeitverlauf auf.⁴

Verbundenheit mit Europa schwächer als mit Stadt, Region und Heimatland

Ein weiterer Indikator, der in den Eurobarometer-Surveys verwendet wird, misst, wie stark sich die Befragten den verschiedenen lebensräumlichen Einheiten (Stadt, Region, Land, Europa) jeweils verbunden fühlen⁵, ohne aber den Befragten – wie es in der European Values Study geschieht – die Bildung einer Rangordnung abzuverlangen. Wie die Verteilung der Antworten dokumentiert (Grafik 4), werden Gefühle der Verbundenheit, die von einer großen Majorität mit allen diesen Ebenen artikuliert werden, von den Befragten in der Regel nicht als sich gegenseitig ausschließend angesehen. Dabei zeigt sich jedoch, dass sich die Europäer Europa im Durchschnitt der EU-25-Länder weniger verbunden fühlen als

ihrer Stadt, Region und ihrem Heimatland, das mit einer Quote von über 90% den höchsten Grad an Verbundenheit erfährt.

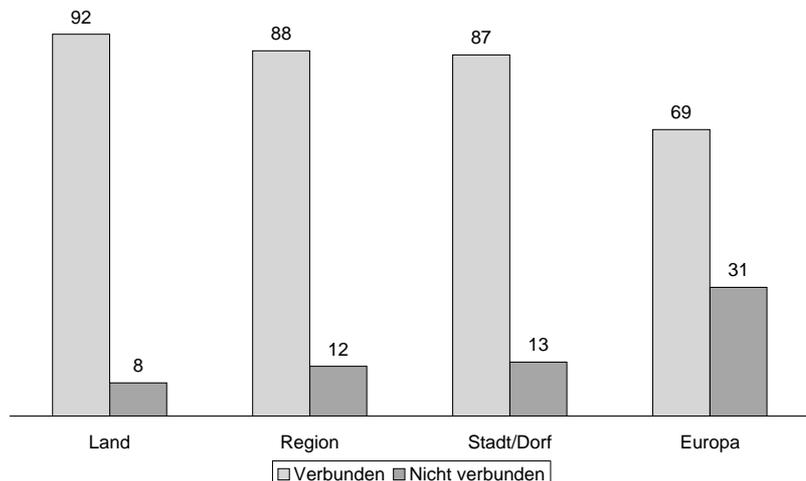
Große Länderunterschiede in der subjektiven Verbundenheit mit Europa

Das Gefühl der Verbundenheit mit Europa ist hingegen nicht nur deutlich schwächer ausgeprägt als das für die übrigen Ebenen, sondern variiert darüber hinaus beträchtlich zwischen den Mitgliedsländern (Grafik 5). Die größten Anteile von Personen, die sich mit Europa sehr oder ziemlich verbunden fühlen, finden sich in Ungarn (91%), gefolgt von Polen (88%) und Luxemburg (83%). Am geringsten ausgeprägt ist die Verbundenheit mit Europa dagegen in Zypern (36%), Estland (42%) und Litauen (47%). Die EU-15-Länder mit den niedrigsten Bevölkerungsanteilen, die sich Europa sehr oder ziemlich verbunden fühlen, sind Grie-

chenland (49%) und Großbritannien (51%). Deutlich unter den genannten Werten liegen die Anteile derjenigen, die sich Europa ‚sehr verbunden‘ fühlen. Dieser Anteil liegt in einigen Ländern unter zehn Prozent und erreicht neben Ungarn (52%) in Luxemburg (35%) und Malta (30%) die höchsten Werte. Der Anteil der Bürger, die sich mit Europa ‚überhaupt nicht verbunden‘ fühlen, ist überwiegend kleiner als der, die sich ‚sehr verbunden‘ fühlen, erreicht aber in einigen Ländern – Zypern, Malta, Griechenland und Großbritannien – mit ca. 15-20% beachtliche Größenordnungen. Eindeutige Ländermuster lassen sich auch aus der Rangfolge der durchschnittlichen Verbundenheit mit Europa nicht erkennen. Betrachtet man die früheren EU-15-Länder wird aber deutlich, dass nicht nur in Großbritannien, das durch seine Skepsis gegenüber einer weitgehenden europäischen Integration bekannt ist, das Gefühl der Verbundenheit mit Europa vergleichsweise gering ausfällt, sondern auch in Frankreich und vor allem den Niederlanden – also den Ländern, in denen das Verfassungsreferendum jüngst gescheitert ist.

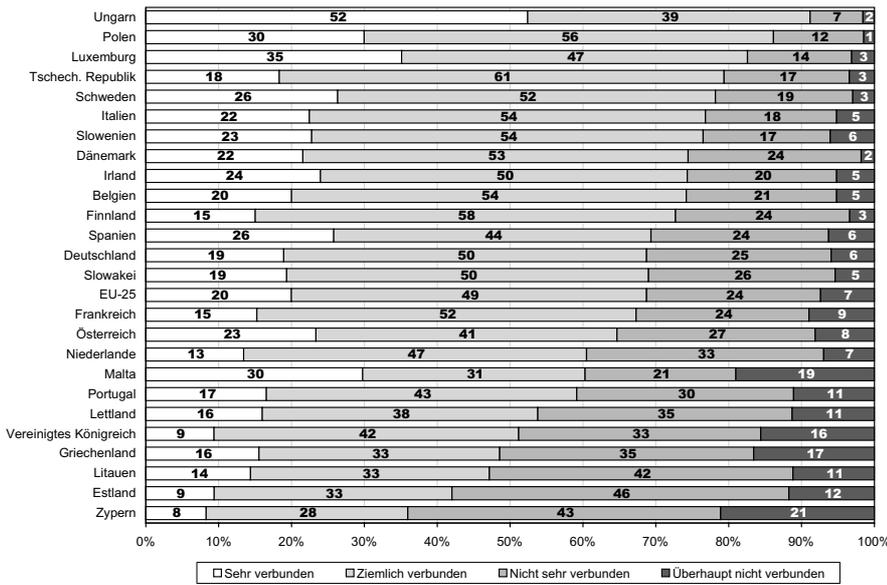
Stellt man die Frage nach der Verbundenheit mit Europa (Grafik 5) und die Frage, als was man sich in naher Zukunft sieht (Grafik 2), gegenüber, so zeigt sich, dass die beiden Indikatoren offensichtlich unterschiedliche Dimensionen der Identifikation mit Europa erfassen, die nicht in allen Ländern in der erwarteten Weise zusammenhängen, sondern durchaus auch im Widerspruch zueinander stehen können. Extremfälle bilden dabei Ungarn und Zypern: Während die Ungarn – im Vergleich der EU-25-Länder – die höchste Verbundenheit mit Europa zum Ausdruck bringen, betrachten sie sich gleichzeitig – häufiger als in jedem anderen europäischen Land – ausschließlich als Angehörige ihrer eigenen Nation und nicht als Europäer. In Zypern stellt sich die Situation umgekehrt dar: Hier ist der Anteil der Befragten, die sich nicht nur als Zyprioten definieren, sondern zugleich als

Grafik 4: Subjektive Verbundenheit mit Europa im Vergleich zu anderen lebensräumlichen Ebenen – EU-25-Länder (2004)



Datenbasis: Eurobarometer 62, Herbst 2004

Grafik 5: Verbundenheit mit Europa in den EU-25-Ländern (2004)



Datenbasis: Eurobarometer 62, Herbst 2004

Zyprioten und Europäer, größer als in jedem anderen europäischen Land, aber zugleich ist die Verbundenheit mit Europa hier im Durchschnitt schwächer ausgeprägt als in allen anderen Ländern. Weitergehende Analysen ergeben allerdings, dass die beiden Indikatoren – auf der Individualebene betrachtet – lediglich in Ungarn im Widerspruch zueinander stehen, wo sich die Befragten unabhängig von ihrer Verbundenheit mit Europa mehrheitlich nur als Ungarn sehen. In Zypern nimmt dagegen – wie prinzipiell zu erwarten – der Anteil derjenigen, die sich nur als Zyprioten betrachten, mit wachsender Verbundenheit mit Europa ab, aber es sind jeweils nur vergleichsweise kleine Bevölkerungsanteile, die sich mit Europa verbunden und zugleich nur als Zyprioten betrachten. Die Betrachtung dieser beiden Extremfälle legt daher den Schluss nahe, dass die Fragen nach der Verbundenheit mit Europa und der nationalen bzw. europäischen Identität in unterschiedlichen nationalen Kontexten unterschiedlich interpretiert und beantwortet werden können.

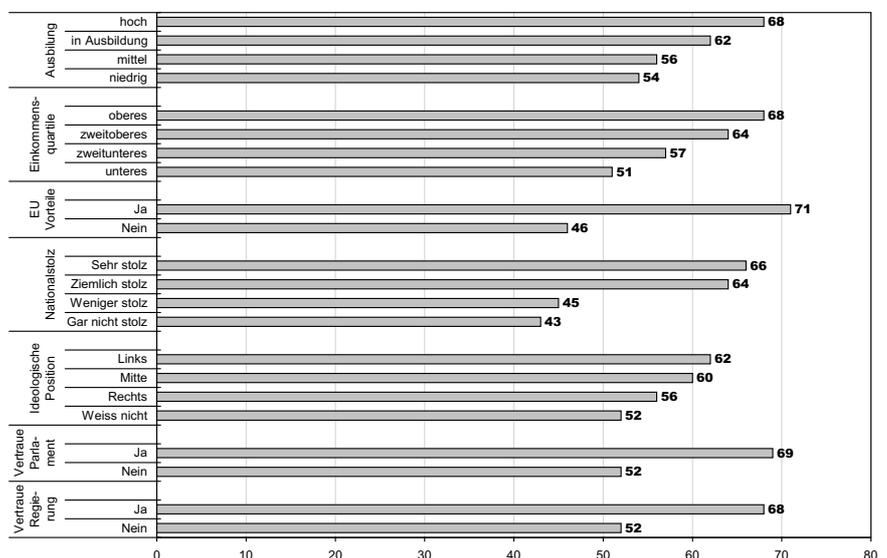
Subjektive Verbundenheit mit Europa nimmt mit dem sozio-ökonomischen Status zu

Jenseits der Betrachtung von Ländermittelwerten stellt sich auch die Frage, von welchen Merkmalen eine mehr oder weniger ausgeprägte Identifikation mit Europa abhängt. Grafik 6 stellt dar, wie der Grad der subjektiven Verbundenheit mit Europa mit verschiedenen sozio-ökonomischen Merkmalen und sozio-politischen Einstellungen für die Gesamtbevölkerung der EU-15-Länder korrespondiert.

Offensichtlich variiert die Verbundenheit der Bevölkerung mit Europa deutlich mit dem Bildungsniveau und der Einkommensposition: Personen mit höheren Bildungsabschlüssen fühlen sich Europa stärker verbunden als Personen mit niedrigeren Abschlüssen und Personen mit höheren Einkommen stärker als Personen mit niedrigeren Einkommen.

Noch deutlicher als mit sozio-ökonomischen Merkmalen variiert die Verbundenheit mit Europa jedoch mit sozio-politischen Einstellungen. Von herausragender Bedeutung ist dabei offenbar die subjektive Beurteilung, ob das eigene Land von der EU-Mitgliedschaft profitiert oder nicht. Während sich 71% derjenigen, die glauben, das eigene Land habe von der EU-Mitgliedschaft profitiert, Europa sehr oder ziemlich verbunden fühlen, sind es unter denjenigen, die diese Frage negativ beantworteten, lediglich 46%. Zudem steigert das Vertrauen in Parlament und Regierung die Verbundenheit mit Europa, und Personen, die im ideologischen Spektrum weiter links stehen, tendieren eher dazu, sich Europa verbunden zu fühlen, als Personen, die sich in diesem Spektrum weiter rechts positionieren.

Grafik 6: Subjektive Verbundenheit nach sozio-ökonomischen Merkmalen und sozio-politischen Einstellungen – EU-15-Länder (2003)



Datenbasis: Eurobarometer 60.1, Herbst 2003

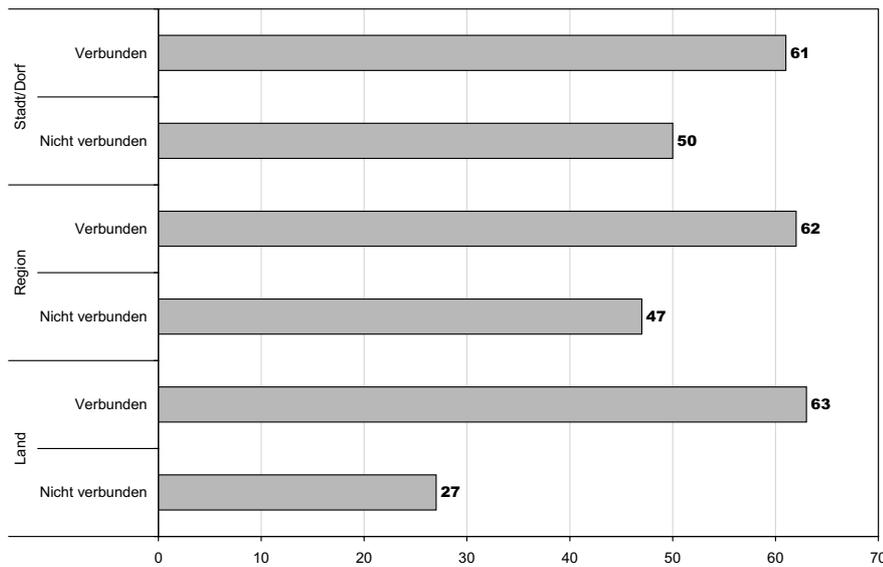
Überraschend mag der Befund erscheinen, dass Nationalstolz – d.h. die Artikulation von Stolz auf das eigene Land – die Identifikation mit Europa nicht mindert, sondern in der Regel sogar stärkt: Personen, die angeben, stolz auf ihr eigenes Land zu sein, fühlen sich stärker mit Europa verbunden als Personen, die keinen Stolz für ihr Land empfinden.

Betrachtet man schließlich, wie die Verbundenheit mit Europa mit der Verbundenheit mit der eigenen Stadt, Region und Nation zusammenhängen (Grafik 7), so deuten die Ergebnisse darauf hin, dass derartige Identifikationsprozesse nicht als Nullsummenspiel zu betrachten sind: Offensichtlich reduziert das Gefühl einer starken Verbundenheit mit der einen lebensräumlichen Ebene nicht notwendigerweise die Verbundenheit mit einer anderen. Personen, die sich mit ihrer Stadt, Region oder Nation identifizieren, fühlen sich Europa in aller Regel nicht weniger, sondern mehr verbunden als Personen, für die das nicht der Fall ist. Die empirischen Befunde sind – mindestens soweit es die hier betrachtete Frage nach subjektiven Gefühlen der Verbundenheit angeht – daher kaum mit dem Konzept einer „entweder-oder-Identität“ zu vereinbaren, sondern sprechen vielmehr eindeutig für die Annahme multipler, sich gegenseitig verstärkender Identitäten.

Nutzen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land stärkster Prädiktor für subjektive Verbundenheit mit Europa

Um Richtung und Stärke der Einflüsse der betrachteten Faktoren auf die individuelle Verbundenheit mit Europa näher bestimmen zu können, wurden die Daten für die EU-15-Länder einer Regressionsanalyse unterzogen, in die die o.g. sozio-ökonomischen und -politischen Variablen einbezogen wurden. Zudem wurden

Grafik 7: Verbundenheit mit Europa nach Verbundenheit mit anderen Ebenen – EU-25-Länder (2004)



Datenbasis: Eurobarometer 62, Herbst 2004

auch Dummyvariablen für die einzelnen Länder berücksichtigt, um Ländereinflüsse und -abweichungen identifizieren zu können. Die Ergebnisse bestätigen weitgehend die bereits dargestellten bivariaten Zusammenhänge: Im Vergleich zu Westdeutschland, das als Referenzkategorie gewählt wurde, fällt der Grad der Verbundenheit mit Europa in Großbritannien, den Niederlanden, Frankreich und Griechenland deutlich schwächer aus. Sozio-ökonomische Merkmale – insbesondere Einkommen und Bildungsabschluss sowie der Erwerbsstatus – wirken sich signifikant positiv auf das Gefühl der Verbundenheit mit Europa aus, auch wenn sie insgesamt nur vergleichsweise geringe Anteile der Varianz erklären. Insgesamt gilt dabei, je besser die sozio-ökonomische Stellung einer Person, desto stärker ist ihre Verbundenheit mit Europa. Als der mit Abstand stärkste Prädiktor der Verbundenheit mit Europa erweist sich jedoch die Beurteilung der Befragten, ob das eigene Land von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union profitiert oder nicht. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die subjektive Verbundenheit der Bürger mit Europa eher über den Verstand, d.h. ökonomisch-rational⁶, gesteuert ist, als dass sie den Europäern eine Herzensangelegenheit wäre.

Die Analysen bieten zudem Hinweise darauf, dass einige der berücksichtigten sozio-politischen Einstellungen – insbesondere die Position auf der Links-Rechts-Skala sowie der Nationalstolz – in verschiedenen Ländern unterschiedliche Effekte haben können. So zeigt sich beispielsweise, dass eine Position im linken politischen Spektrum vor allem in Italien und Großbritannien das Gefühl der Europaverbundenheit fördert, während das in Spanien dagegen eher für eine Position in der Mitte des Spektrums zutrifft. Anders als in allen anderen der hier betrachteten Länder wirkt sich Nationalstolz zudem in Großbritannien negativ auf die Europaverbundenheit aus: Wer auf das eigene Land stolz ist, fühlt sich hier – an-

ders als in den restlichen Ländern – Europa nicht mehr, sondern weniger verbunden.

Mit dem Titel dieses Beitrags ‚Kein Herz für Europa?‘ wird pointiert die Frage aufgeworfen, inwieweit eine über rationale Einsicht in die faktischen Entwicklungen und politisch-ökonomische Kalküle hinausgehende affektive Bindung an ein Europa der Bürger entstanden und die Herausbildung mindestens einer zweiten Identität zu beobachten ist. Die hier präsentierten Resultate aus zwei europaweiten Surveys deuten darauf hin, dass dies bisher noch wenig der Fall ist. Buchstäblich näher als Europa liegt den Bürgern in aller Regel ihr Heimatort, ihre Region und ihr eigenes Land. Dabei gibt es allerdings beachtliche Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen Ländern. Bemerkenswert ist zudem, dass im Laufe des letzten – durch erhebliche Fortschritte der politischen und ökonomischen Integration Europas geprägten – Jahrzehnts, die Identifikation der Bürger mit Europa nicht zugenommen hat. Eine in den meisten europäischen Ländern nach wie vor starke nationale Identität scheint durch die europäischen Integrationsprozesse bisher nicht in Frage gestellt, überwiegend allerdings auch nicht als bedroht angesehen zu werden.

1 Nähere Informationen zur European Values Study finden sich auf der folgenden Website: <http://www.europeanvalues.nl/>

2 Nähere Informationen zu den Eurobarometer-Surveys finden sich auf den folgenden Websites: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm sowie http://www.gesis.org/en/data_service/eurobarometer/

3 Für Deutschland lautet der Fragetext: „In naher Zukunft sehen Sie sich da nur als Deutscher, als Deutscher oder Europäer, als Europäer und Deutscher oder nur als Europäer?“

4 Zur Entwicklung früherer Eurobarometer-

Indikatoren im Zeitverlauf vgl. Duchesne/Frogner (1995) und Scheuer (1999).

- 5 Für Deutschland lautet der Fragetext: „Man kann sich ja unterschiedlich verbunden fühlen mit seinem Dorf oder seiner Stadt, seiner Region, seinem Land oder mit Europa. Bitte sagen Sie mir, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit Ihrem Dorf bzw. Ihrer Stadt, Ihrer Region, Deutschland, Europa: Sehr verbunden, ziemlich verbunden, nicht sehr verbunden, überhaupt nicht verbunden.“
- 6 Zur Relevanz ökonomischer Rationalität für die Einstellungen der Bürger zu Europa vgl. u.a. Marks/Hooghe 2003.

Duchesne, Sophie, Frogner, André-Paul, 1995: *Is there a European Identity?* S. 193-226 in: Oskar Niedermayer, Richard Sinnott (Hg.), *Public Opinion and Internationalized Governance*. Oxford: Oxford University Press.

Europäische Kommission, 2004: *Eurobarometer 62. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union*. Brüssel.

Marks, Gary, Hooghe, Liesbet, 2003: *National Identity and Support for European Integration*. WZB Discussion Paper SP IV 2003-202. Berlin.

Noll, Heinz-Herbert, 2005: *Quality of Life and Societies. European Heterogeneity and/or Transatlantic Divide*. Präsentation in Rahmen der Tagung ‚Europe and North America – Societies in Contrast‘. Hanse Wissenschaftskolleg Delmenhorst, 6.-9. März (www.gesis.org/en/social_monitoring/social_indicators/Sources/presentation/US-Europe-Noll.pdf)

Risse, Thomas, 2000: *A European Identity? Europeanization and the Evolution of Nation-State Identities*. S. 198-216 in: M.G. Cowles, J. Caporaso, T. Risse (Hg.), *Europeanization and Domestic Change*. Ithaca NY: Cornell University Press.

Risse, Thomas, Rieck, Christian, 2004: *An Emerging European Identity? What We Know, And How To Make Sense Of It*. Forum Politikwissen.de (www.politikwissen.de/expertenforum/exp_risse304.html).

Scheuer, Angelika, 1999: *A Political Community?* S. 25-46 in: Hermann Schmitt, Jacques Thomassen (Hg.), *Political Representation and Legitimacy in the European Union*. Oxford: Oxford University Press.

■ **Heinz-Herbert Noll und Angelika Scheuer, ZUMA**

Tel.: 0621 / 1246-241 und -249
noll@zuma-mannheim.de
scheuer@zuma-mannheim.de

Monitoring Social Europe

Komparative Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung als Instrumente für Wissenschaft und Politik

Workshop-Bericht

Der von rund vierzig Teilnehmern besuchte Workshop der ZUMA-Abteilung Soziale Indikatoren vom 16.-17. November 2005 widmete sich den vielfältigen Programmen und Aktivitäten eines „social monitoring“, die in den EU-Mitgliedsländern als Antwort auf den gewachsenen Bedarf an vergleichender Information über Lebensverhältnisse, Qualität der gesellschaftlichen Institutionen und sozialstrukturellen Wandel entstanden sind.

Heinz-Herbert Noll (ZUMA Mannheim) wies in seinem Eröffnungsvortrag darauf hin, dass sich der Bezugsrahmen zur Beurteilung der sozialen Lage im eigenen Land mit der europäischen Integration verändert habe. Fast wichtiger als der Zeitvergleich sei heute der internationale Vergleich. Zudem hat die EU sozialpolitische Ziele der Homogenität und Konvergenz formuliert, die einen erhöhten Bedarf an vergleichbarer Information über Modernisierung und Wohlstand erfordern.

Jürgen Kohl (Universität Heidelberg) erläuterte das Konzept des europäischen Sozialmodells. Drei Idealtypen nationaler Wohlfahrtsstaaten lassen sich in Europa unterscheiden (konservativ, sozialdemokratisch und liberal), zwischen denen wenig Konvergenz zu erwarten ist. Allerdings kann die jüngste Entwicklung, dass die EU sozialstaatliche Ziele formuliert, deren Durchführung den Mitgliedsstaaten obliegt, dieses Bild verändern. Die Aufgabe der Sozialberichterstattung wird daher zunehmend in der Evaluation und dem Benchmarking der Performanz der Mitgliedstaaten liegen.

Eric Marlier (CEPS/INSTEAD, Luxemburg) erklärte zunächst die Entstehungsgeschichte, den gegenwärtigen Stand und Planungen zur Weiterentwicklung der „Offenen Methode der Koordinierung“ (OMC), die im Rahmen des so genannten Lissabon-Prozesses als Instrument einer europäischen Sozialpolitik konzipiert wurde. Detailliert dargestellt wurden die für die Beobachtung des Prozesses sozialer Inklusion entwickelten „Laeken-Indikatoren“. Der Vortrag erläuterte die inhaltlichen und methodischen Erwartungen an diese Indikatoren und ihre Bedeutung für das „social monitoring“ der EU-Kommission.

Ralf Jacob (EU-Kommission Brüssel) präsentierte den fünften „Social Situation Report“ von 2004 und stellte ihn in die Reihe der Sozialberichtsaktivitäten der Europäischen Kommission. Schon bevor im Rahmen der Offenen Me-

thode der Koordinierung spezifische Instrumente der Sozialberichterstattung und Dauerbeobachtung auf der Ebene der EU implementiert wurden, hat die Kommission jährliche Berichte zur sozialen Lage der EU-Länder erstellt. Diese Berichte enthalten sowohl Portraits zu wechselnden Aspekten der sozialen Lage in den Mitgliedsländern als auch Zeitreihendaten für eine Standardauswahl von Indikatoren.

Angelika Scheuer (ZUMA Mannheim) leitete über zu Datenquellen, die eine vergleichende Sozialberichterstattung und Dauerbeobachtung in Europa ermöglichen. Die Präsentation konzentrierte sich auf Informationen zu inhaltlichen Schwerpunkten, Länderabdeckung sowie Möglichkeiten des Zugangs zu den verschiedenen Datenquellen.

Als Auftakt der Vorstellung von mehreren für ein europäisches „social monitoring“ relevanten Survey-Programmen gab Jan van Deth (Universität Mannheim) zunächst einen detaillierten Einblick in den European Social Survey (ESS), der zuverlässige Informationen über die Einstellungen der Bürger auf hohem Qualitätsniveau für die Wissenschaft bereitstellen soll. Er soll sowohl Ländervergleiche als auch Zeitvergleiche sowie Mehrebenenanalysen (durch Erfassung von Event-Daten während der Feldarbeit) ermöglichen. Die Befragungen enthalten einen Kernfragebogen und rotierende thematische Module. Derzeit sind die Daten der ersten beiden Wellen verfügbar, die dritte Erhebungswelle befindet sich in Vorbereitung.

Jan Delhey (WZB Berlin) präsentierte den European Quality of Life Survey (EQLS), der im Auftrag der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions in 28 Ländern durchgeführt wurde. Ziel ist die Erhebung objektiver und subjektiver Indikatoren zur Lebensqualität. Themen sind Lebensstandard, Wohnen, Arbeit, Bildung, Familie und soziale Netze sowie Gesundheit und subjektives Wohlbefinden. Die Ergebnisse der ersten Studie (2003) wurden bereits in mehreren Berichten dokumentiert.

Anne Clemenceau (Eurostat Luxemburg) erläuterte das Erhebungskonzept der neuen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), die das European Community Household Panel (ECHP) ablöst. Sie soll Daten über Personen und Haus-

halte für den Länder- und den Zeitvergleich bereitstellen. Neben den regelmäßig erhobenen Informationen des Kernfragebogens sind Module über spezifische Aspekte der Lebensbedingungen geplant, die in 4-jährigem Rhythmus wiederholt werden. Die Bereitstellung der ersten Daten ist für März 2006 avisiert.

Hendrik Jürgens vom Mannheimer Forschungsinstitut „Ökonomie und demographischer Wandel“ stellte das SHARE-Projekt (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe) vor, mit dem in 19 Ländern Informationen zu Personen ab 50 Jahren erhoben werden. Vor dem Hintergrund der Bevölkerungsalterung und der Reform der sozialen Sicherungssysteme bietet SHARE eine neue Infrastruktur für die interdisziplinäre Altersforschung in Europa. Ausgehend von einem ganzheitlichen Verständnis des Alterungsprozesses werden Wechselwirkungen zwischen Gesundheit, ökonomischer Situation und sozialen Bindungen älterer Menschen untersucht.

Speziell der Sozialberichterstattung und Dauerbeobachtung in Europa widmet sich das European System of Social Indicators (EUSI). Heinz-Herbert Noll (ZUMA Mannheim) erläuterte den zugrunde liegenden konzeptionellen Rahmen und die Systemarchitektur. Jörg Dittmann (ZUMA Mannheim) demonstrierte die Anwendungsmöglichkeiten des EUSI exemplarisch anhand von Ergebnissen zu der Frage, wie sich die soziale Lage Deutschlands im europäischen Vergleich darstellt.

Bernhard Ebbinghaus (Universität Mannheim) stellte den Band „Trade Unions in Western Europe since 1945“ aus der Reihe der „The Societies of Europe“ Data Handbook Series des MZES vor. Anhand langer Zeitreihen wissenschaftlich fundierter Aggregatdaten wurden langfristige Strukturen und Trends der Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in europäischen Gesellschaften aufgezeigt.

Die Präsentationen des Workshops stehen im Internet zur Verfügung unter www.gesis.org/Sozialindikatoren/Veranstaltungen/Programme/workshop_2005.htm

■ **Angelika Scheuer, ZUMA**
Tel.: 0621 / 1246-249
scheuer@zuma-mannheim.de

Informationsdefizite und Schonung Angehöriger Hauptgründe für Verzicht auf Sozialhilfe

Dunkelzifferstudie erhellt Ursachen verdeckter Armut

Aufgabe der Sozialhilfe ist es, die Armut in der Bevölkerung zu bekämpfen und den Betroffenen ein Existenzminimum zu gewährleisten. In dem Maße, in dem die in Armut lebenden Personen und Haushalte Sozialhilfe beantragen und Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, kann man von „bekämpfter Armut“ sprechen. Wird die Sozialhilfe von Berechtigten jedoch nicht in Anspruch genommen, besteht die Armut fort. Diese „verdeckte Armut“ ist nicht aus der Sozialhilfestatistik ersichtlich, stellt aber ein wichtiges Problem für die Sozialpolitik dar. Die Gestaltung geeigneter Maßnahmen zur Behebung der verdeckten Armut setzt allerdings zunächst die Kenntnis von Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe voraus. Seit 2004 wurde die Sozialhilfe (HLU) für alle erwerbsfähigen und längerfristig arbeitslosen Personen und ihre Angehörigen durch das Arbeitslosengeld II abgelöst.

zifferstudie vollzieht die drei genannten Schritte nach: zunächst die Ermittlung des Bedarfs, dann die Errechnung des Haushaltseinkommens und schließlich die Feststellung, ob zu veräußerndes Vermögen im Haushalt vorhanden ist. Nach diesem Verfahren werden alle Personen ermittelt, die aufgrund ihrer ökonomischen Lage zum Bezug von Sozialhilfe in Form der HLU berechtigt sind.³

Fast jeder zweite Berechtigte stellt keinen Antrag auf Sozialhilfe

Das Ergebnis der Simulation zeigt, wie viele Haushalte und Personen Anspruch auf Sozialhilfe haben und wie viele davon tatsächlich Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen (Tabelle 1). Rund 3,2 Mio. Personen oder 1,7 Mio. Haushalte verfügen demnach über ein Einkommen, das unter dem vom Bundessozialhilfegesetz festgelegten Minimum liegt. Davon nehmen knapp 1,5 Mio. Personen bzw. 780 Tausend Haushalte die ihnen zustehende Sozialhilfe nicht in Anspruch. Rechnet man die Ergebnisse auf die deutsche Gesamtbevölkerung hoch, ergibt sich eine „Dunkelzifferquote der Armut“ (Nicht-Inanspruchnahmequote) von 1,9% der Personen beziehungsweise 2,2% der Haushalte.

Im Folgenden werden einige Ergebnisse aus der Dunkelzifferstudie vorgestellt, die eine Schätzung von Umfang und Struktur der verdeckten Armut vornimmt und die Gründe untersucht, warum Arme die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) trotz Berechtigung nicht in Anspruch nehmen. Die Dunkelzifferstudie wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung von einem Forscherteam unter der Leitung von Richard Hauser erstellt.¹ Dabei wurden drei unterschiedliche Datenquellen – die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 (EVS), das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) und das Niedrigeinkommenspanel (NIEP) – verwendet und in Bezug auf ihre Repräsentativität verglichen. Die folgende Darstellung bezieht sich lediglich auf Ergebnisse des NIEP. Für Repräsentativitätsprobleme muss die umfassende Studie konsultiert werden.

Schätzungen der Dunkelziffer der Sozialhilfe erfordern umfangreiche Informationen zur Zusammensetzung des Haushaltseinkommens und zu den Verwandtschaftsbeziehungen im Haushalt, wie sie nur in wenigen amtlichen und wissenschaftlichen Befragungen erhoben werden. Daher wurde das Niedrigeinkommenspanel speziell für die Untersuchung von sozialpolitisch relevanten Problemen von Haushalten im Niedrigeinkommensbereich konzipiert. Das NIEP wurde in sechs Wellen halbjährlich zwischen 1998 und 2002 erhoben.² Neben den benötigten Daten zu Haushaltseinkommen und Verwandtschaftsbeziehungen enthält es zusätzlich Einstellungsfragen, die eine vertiefte Analyse der Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe erlauben.

Die Analyse der Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe erfordert eine Simulation des vorhandenen Bedarfs. Dabei wird die Bedürftigkeitsprüfung des Sozialamts nachvollzogen. Wird ein Antrag auf HLU gestellt, nimmt das Sozialamt eine Prüfung der ökonomischen Lage des Haushalts in drei Schritten vor. Zu-

nächst wird der Bedarf der zusammenlebenden und gegenseitig unterhaltspflichtigen Personen – das Sozialhilferecht bezeichnet sie als Bedarfsgemeinschaft – ermittelt. Von diesem Bedarf wird das anzurechnende Einkommen abgezogen. Verbleibt nach dieser Rechnung ein positiver Betrag, steht dem Haushalt Sozialhilfe in entsprechender Höhe zu. Dies gilt allerdings nur, wenn keine Guthaben und Vermögensgegenstände von größerem Wert vorhanden sind, die vor dem Hilfebezug aufgelöst bzw. veräußert werden müssen. Lediglich das so genannte Schonvermögen darf bei den Antragstellern und ihren im gleichen Haushalt lebenden Unterhaltspflichtigen verbleiben. Die empirische Simulation der Dunkel-

Tabelle 1: Verdeckte und bekämpfte Armut 1998/1999 nach der Simulation, nur Personen und Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand

	Personen	Haushalte
Verdeckte und bekämpfte Armut (1)	3.184.775	1.702.164
Bekämpfte Armut (2)	1.724.908	924.827
Verdeckte Armut (3)	1.459.867	777.337
Dunkelzifferquote oder Nicht-Inanspruchnahmequote (verdeckte Armut) (4)	1,9%	2,2%

- (1) Sozialhilfeberechtigte insgesamt
 (2) Sozialhilfeberechtigte, die Sozialhilfe beziehen
 (3) Sozialhilfeberechtigte, die keine Sozialhilfe beanspruchen
 (4) Anteil der Nicht-Inanspruchnahme an der gesamten Bevölkerung

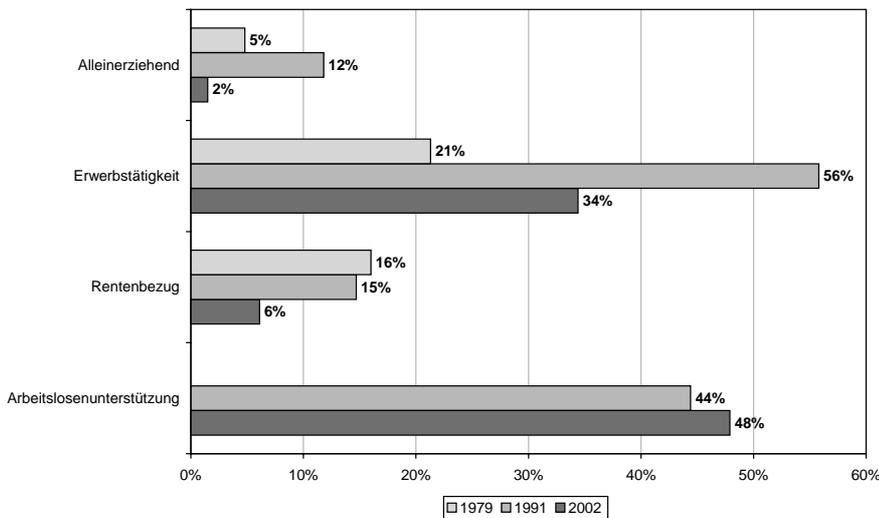
Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel (NIEP)

Tabelle 2: Nicht-Inanspruchnahmequote und potentielle Ausgabensteigerung

Nicht-Inanspruchnahmequote im Verhältnis zur Inanspruchnahmequote	45,8%
Potentielle Ausgabensteigerung bei vollständiger Inanspruchnahme	
- in Prozent	33,6%
- in DM pro Person	210 DM
- in DM pro Haushalt	425 DM

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel (NIEP); Sozialhilfestatistik 2000

Grafik 1: Unkenntnis von Sozialhilferegulungen bei Personen in verdeckter Armut in Westdeutschland 1979, 1991 und 2002 (Anteile unzutreffender Einschätzungen in Prozent)



Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel (NIEP) 2002 i.V.m. 1998/99
 Quelle: Hartmann (1981); Hauser/Hübinger (1993)

Die Nicht-Inanspruchnahmequote gibt an, welcher Teil der Berechtigten keinen Antrag stellt (Tabelle 2). Sie zeigt, dass nahezu die Hälfte der Sozialhilferechtigten ihre Ansprüche nicht realisiert (45,8%). Dieses Ergebnis liegt relativ nahe an Schätzungen früherer Studien, die zu Dunkelzifferquoten in vergleichbarer Größenordnung gekommen sind.⁴ Auf der Grundlage der Simulation kann zudem geschätzt werden, wie stark die Ausgaben für die Sozialhilfe steigen würden, wenn alle Berechtigten die HLU in Anspruch nähmen – nämlich um etwa ein Drittel (33,6%). Die geschätzte Ausgabensteigerung fällt niedriger aus als das Verhältnis der Nicht-Inanspruchnahmequote zur Inanspruchnahmequote. Dies ist darauf zurückzuführen, dass vor allem Haushalte mit geringen Ansprüchen keine Sozialhilfe beantragen, während umgekehrt die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme mit steigender Anspruchshöhe zunimmt. Im Durchschnitt hätte jede Person in verdeckter Armut im Jahr 1998 einen Anspruch auf 210 DM bzw. jeder Haushalt einen Anspruch auf 524 DM gehabt.⁵

Die Identifizierung der Ursachen für die Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe ist die Voraussetzung für die Gestaltung von Maßnahmen zur Bekämpfung der verdeckten Armut. Im Niedrigeinkommenspanel wurde daher eine Reihe von Fragen zur potentiellen Inanspruchnahme von Sozialhilfe gestellt. Die Fragen beziehen sich auf die Kenntnis von Sozialhilferegulungen, auf Erfahrung im Umgang mit Behörden, auf Einstellungen zur Sozialhilfe sowie auf die mögliche finanzielle Inanspruchnahme von Angehörigen durch das Sozialamt. Im Folgenden werden die Angaben von Nicht-beziehern näher betrachtet und teilweise mit denen der Sozialhilfeempfänger verglichen, um so die Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe zu ermitteln.

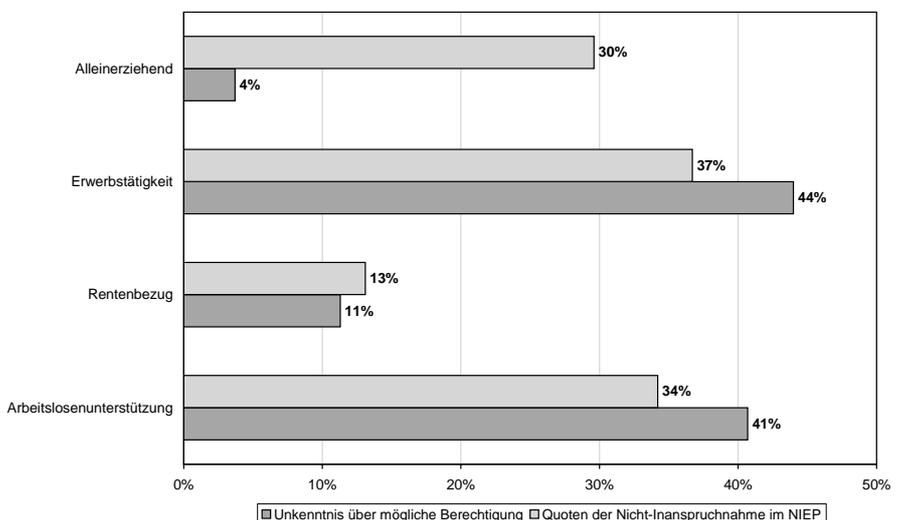
Informationsdefizite zu Sozialhilfeansprüchen weit verbreitet

Eine zentrale Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe ist zunächst das Wissen darüber, einen Anspruch auf diese Leistung zu haben. Fehlende oder unzureichende Information über die sozialhilferechtlichen Regelungen kann daher eine wichtige Ursache für die Nicht-Inanspruchnahme der Hilfe zum Lebensunterhalt darstellen. Das Ausmaß der Unkenntnis über sozialhilferechtliche Regelungen unter den Nicht-beziehern von Sozialhilfe geht aus Grafik 1 hervor. Dargestellt sind die Anteile der Personen, die unzutreffende Einschätzungen über verschiedene Anspruchsbedingungen abgeben. Die Ergebnisse aus dem Niedrigeinkommenspanel 1998/99-2002 für Westdeutschland werden dabei mit Befragungen aus den Jahren 1979 und 1991 verglichen.⁶

So ist den Westdeutschen in verdeckter Armut weitgehend bekannt, dass alleinerziehende Mütter sowie Bezieher kleiner Renten einen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Etwa einem Drittel (34%) der verdeckt Armen in Westdeutschland ist jedoch unbekannt, dass auch neben dem Erwerbseinkommen aufstockende Sozialhilfe bezogen werden kann, und knapp der Hälfte der Nichtbezieher (48%) ist nicht bekannt, dass Sozialhilfebezug auch neben dem Erhalt von Arbeitslosenunterstützung möglich ist. Wie der Vergleich mit Ergebnissen aus früheren Jahren ergibt, haben sich die Kenntnisse über die Anspruchsbedingungen von Sozialhilfe lediglich in den 1990er Jahren etwas verbessert. Zwar hat das Wissen um den Hilfsanspruch von Alleinerziehenden, Beziehern kleiner Renten und Erwerbstätigen im Zeitverlauf zugenommen, nicht aber die Kenntnis über die Aufstockungsmöglichkeit von Arbeitslosengeld oder -hilfe. Offensichtlich vermuten Personen in verdeckter Armut häufig, dass die Art des primären Einkommens über den Anspruch auf Sozialhilfe entscheidet. Somit ist nicht hinlänglich bekannt, dass aufstockende Sozialhilfe neben allen Arten von Einkommensquellen bezogen werden kann, wenn das Haushaltseinkommen unter dem vom Bundessozialhilfegesetz festgelegten Bedarf liegt.

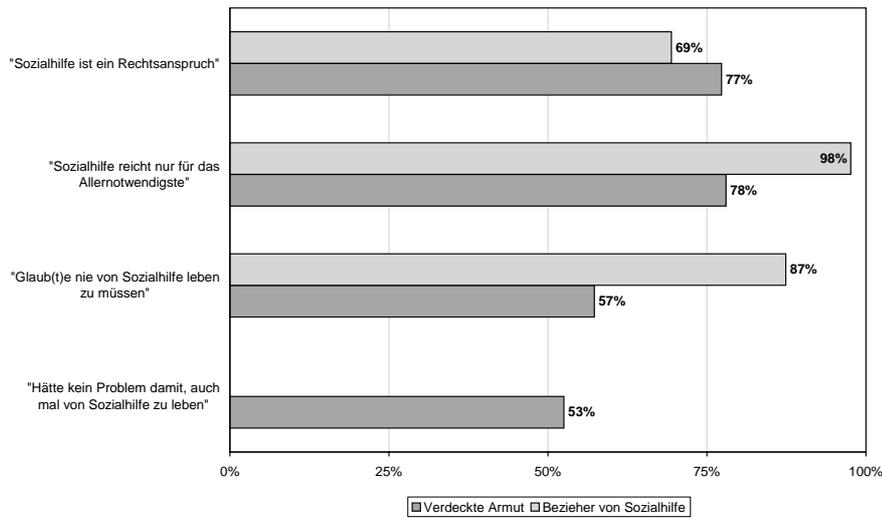
Wie stark die Unkenntnis über Sozialhilferegulungen mit der Nicht-Inanspruchnahme von HLU zusammenhängt, geht aus Grafik 2 hervor: Die Nicht-Inanspruchnahmequoten korrelieren deutlich mit den Anteilen unzureichend informierter Personen in verdeckter Armut. Ein großer Teil der von verdeckter Armut Betroffenen ging 2002 fälschlicherweise davon aus, dass neben Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Erwerbseinkommen keine Sozialhilfe beantragt werden könne. Eben diese Gruppen zeigten auch hohe Quoten der Nicht-Inanspruchnahme. Einzig bei den Alleinerziehenden lebt ein erheblicher Teil in verdeckter Armut, ohne dass dies mit mangeln-

Grafik 2: Unkenntnis von Sozialhilferegulungen bei Personen in verdeckter Armut und Nicht-Inanspruchnahmequoten in Deutschland



Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel (NIEP)

Grafik 3: Kompetenz im Umgang mit Behörden und Inanspruchnahme zustehender HLU (Zustimmung in Prozent)



Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel (NIEP) 2002 i.V.m. 1998/99

Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt dieser Aussage zustimmen. Deutlich mehr Bezieher als Nichtbezieher gaben an, geglaubt zu haben, niemals von Sozialhilfe leben zu müssen. Und gut die Hälfte der verdeckt Armen hätte keine Probleme damit, von Sozialhilfe zu leben. Bezieher und Nichtbezieher unterscheiden sich also nicht in der erwarteten Weise, so dass die Einstellungen zur Sozialhilfe keine so entscheidende Barriere darstellen, wie häufig vermutet wird.

Unterhaltungspflicht von Angehörigen Hauptmotiv für den Verzicht auf Sozialhilfe

Eine weitere potentielle Ursache der bewussten Nicht-Inanspruchnahme zustehender HLU liegt in der Möglichkeit des Sozialamts, Verwandte ersten Grades, also Kinder oder Eltern außerhalb des Haushalts, zu Unterhaltsleistungen heranzuziehen. Die Vermutung, dass Personen in verdeckter Armut auf Sozialhilfe verzichten, um den Rückgriff des Sozialamts auf Verwandte zu vermeiden, kann ebenfalls mit den Daten des NIEP überprüft werden. Grundsätzlich ist die Kenntnis über die mögliche Erstattungspflicht der Angehörigen weit verbreitet. Nur 17% aller Befragten in verdeckter Armut kannten diese Sozialhilferegelung nicht. Damit ist der Rückgriff auf Verwandte besser bekannt als viele andere Regelungen der Sozialhilfe. Wird nach der Zahlungsfähigkeit der Eltern beziehungsweise Kinder gefragt, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen HLU-Empfängern und Personen in verdeckter Armut.

Personen in verdeckter Armut gehen weitaus häufiger als Sozialhilfeempfänger von der Zahlungsfähigkeit ihre Verwandten – und insbesondere ihrer Kinder – aus. Auch wenn keine erheblichen Summen von Unterstützungszahlungen für wahrscheinlich gehalten werden – die meisten Nennungen liegen in der Kategorie „Zahlungen unter 200 DM“ – gibt es für die überwiegende Zahl der Personen in verdeckter Armut offensichtlich Anlass, sich

dem Wissen über den Sozialhilfeanspruch erklärt werden könnte.

Hürde Sozialamt

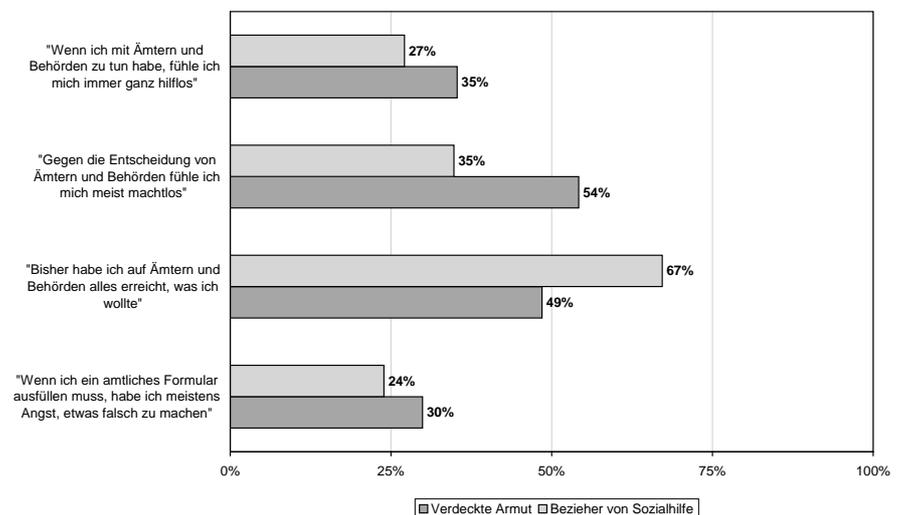
Selbst wenn den Betroffenen ihr Anspruch auf Sozialhilfe bewusst ist, stellt deren Beantragung offenbar häufig eine Hemmschwelle dar. Die Beantragung von Sozialhilfe ist ein Vorgang, der eine intensive Interaktion mit einer Behörde impliziert und die Bereitschaft zur Weitergabe von detaillierten Informationen über die Einkommens- und Vermögenssituation des Haushalts voraussetzt. Die Beantragung (und gegebenenfalls der Widerspruch gegen einen ablehnenden Bescheid) setzen insofern ein Mindestmaß an Selbstbewusstsein im Umgang mit Ämtern und Behörden voraus. Wenn die Annahme zutreffend ist, dass Personen in verdeckter Armut aus Unsicherheit gegenüber den Behörden ihren Anspruch nicht realisieren, müssten sich die Bezieher von Sozialhilfe im Umgang mit Behörden als kompetenter einschätzen als Nichtbezieher. Betrachtet man die diesbezüglichen Ergebnisse (Grafik 3), scheint sich die Vermutung zu bestätigen.

Es zeigt sich, dass ein erheblicher Anteil der Anspruchsberechtigten, die ihre Ansprüche nicht realisieren, Gefühle der Unsicherheit und Ohnmacht empfindet. Häufiger als Sozialhilfeempfänger fühlen sie sich hilflos im Umgang mit Ämtern und Behörden, haben Angst Formulare falsch auszufüllen und fühlen sich gegenüber amtlichen Entscheidungen machtlos. Entsprechend seltener geben verdeckt Arme an, auf Ämtern und Behörden ihr Ziel zu erreichen. Die Tatsache, dass ungefähr die Hälfte der Bevölkerung in verdeckter Armut Schwierigkeit im Umgang mit Ämtern und Behörden bekundet und etwa ein Drittel sich hilflos fühlt, deutet darauf hin, dass die Beantragung der Sozialhilfe eine Hürde darstellt, vor der verdeckt Arme offensichtlich häufig zurückschrecken.

Scham selten Grund für Nichtbezug von Sozialhilfe

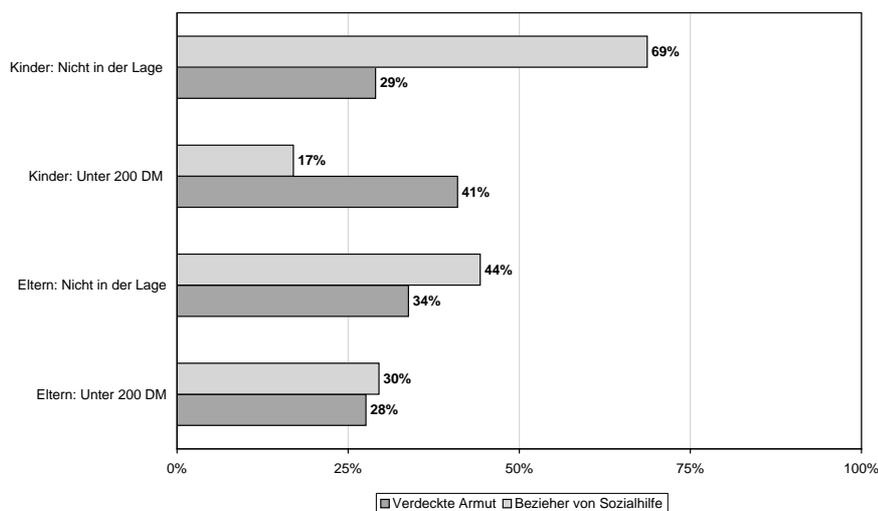
Ein in den Medien häufig genannter Grund für den bewussten Verzicht auf Sozialhilfe wird darin gesehen, dass Sozialhilfe als Almosen wahrgenommen wird und deren Bezug mit Stigmatisierung und Verlust von Selbstwertgefühl verbunden ist. Träfe diese Vermutung zu, so müssten Sozialhilfeempfänger deutlich positivere Einstellungen zur Sozialhilfe haben als verdeckt Arme. Entgegen den Erwartungen sind aber die Einstellungen zur Sozialhilfe bei Personen in verdeckter Armut deutlich positiver als bei Sozialhilfeempfängern (Grafik 4). Nichtbezieher halten Sozialhilfe häufiger für einen Rechtsanspruch und nicht für ein Almosen. Zudem bewerten sie das Leistungsniveau positiver: So bejahen nur gut drei Viertel (78%) der Nichtbezieher die Aussage, dass Sozialhilfe nur für das Allernotwendigste reicht, während praktisch alle

Grafik 4: Einstellungen gegenüber der Sozialhilfe (Zustimmung in Prozent)



Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel (NIEP) 2002 i.V.m. 1998/99

Grafik 5: Höhe der potentiellen monatlichen Unterstützung durch Verwandte (Angaben in Prozent)



Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel (NIEP) 2001 i.V.m. 1998/99

über eine mögliche Zahlungsverpflichtung für Verwandte zu sorgen. Dementsprechend geben 41% der Befragten an, vermeiden zu wollen, dass ihre Kinder in Anspruch genommen werden, und 31% möchten vermeiden, dass ihre Eltern Zahlungen an das Sozialamt leisten müssen. Die Vermeidung dieses Rückgriffs ist demnach einer der häufigsten Gründe für den bewussten Verzicht auf zustehende Sozialhilfe.

Alles in allem zeigt sich, dass für die Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe verschiedene Ursachen in Frage kommen. Der in der öffentlichen Diskussion häufig genannte Grund der Vermeidung von Scham und Stigmatisierung spielt den hier präsentierten Befunden zufolge nur eine untergeordnete Rolle. Vielmehr sind es oft praktische Gründe, die zur Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe führen. Zunächst ist es die mangelnde Kenntnis über sozialhilferechtliche Regelungen, die Anspruchsberechtigte davon abhält, ihren Anspruch auf Sozialhilfe zu realisieren. Dies trifft vor allem auf Arbeitslose und Erwerbstätige mit geringem Einkommen zu. Darüber hinaus bewirken (tatsächliche oder vermutete) bürokratische Hürden bei der Beantragung von Sozialhilfe, dass Berechtigte vor einer Antragstellung zurückschrecken. Der bewusste Verzicht auf HLU-Bezug ist schließlich zumeist darin begründet, dass viele Anspruchsberechtigte ihre Angehörigen vor dem Rückgriff des Sozialamts schützen wollen. Dieses Motiv ist vor allem für ältere Personen von Bedeutung, die ihre Kinder vor dem Zugriff des Sozialamts verschonen möchten. Geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung der verdeckten Armut liegen damit in der Verbesserung des Kenntnisstands sozialhilferechtlicher Regelungen, dem Abbau bürokratischer Hürden bei der Beantragung von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie in einer sensiblen Gestaltung der Regresspflicht von Angehörigen, insbesondere der Kinder.

Die von der rot-grünen Regierung im Jahr 2003 eingeführte Grundsicherung im Alter und bei (dauerhafter voller) Erwerbsminderung könnte durch verbesserte Information der Betroffenen, eine teilweise erleichterte Kontaktaufnahme zum Hilfetragere sowie einen weitgehenden Verzicht auf die Heranziehung von Kindern und Eltern zur Unterhaltssicherung eine Verminderung der verdeckten Altersarmut bewirken. Auch von der mit der Hartz IV-Reform im Jahr 2005 eingeführte Kindergrundsicherung kann eine erhebliche Verminderung verdeckter Armut ausgehen. Die Effekte der zugleich durchgeführten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind hingegen schwer zu prognostizieren. Mit Sicherheit sind jedoch nach wie vor Informationsoffensiven und die Vermeidung der Stigmatisierung von Betroffenen in der Öffentlichkeit notwendig. Inwieweit die verdeckte Armut durch die veränderte Gesetzgebung tatsächlich gemindert werden kann, müssen zukünftige Untersuchungen zeigen.

- 1 Eine aktualisierte Version der Studie von Irene Becker und Richard Hauser ist unter dem Titel „Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen“ im November 2005 bei der edition sigma erschienen (vgl. den Buchhinweis in diesem Heft).
- 2 Vgl. Kortmann/Sopp/Thum (2003).
- 3 Eine detaillierte Erläuterung der Simulationsrechnung zur Schätzung der Dunkelziffer findet sich in Becker/Hauser 2005, Kap. 3-8.
- 4 Die Nicht-Inanspruchnahmequote wurden zuletzt auf der Grundlage des NIEP von Wilde/Kubis (2005) mit 43% Prozent ermittelt. Vorausgehende Studien auf Basis des SOEP ergaben Quoten von 63,1% (Kayser/Fric 2000) beziehungsweise auf Basis der EVS 62,6% (Riphahn 2001). Der Begriff der Dunkelziffer (Verhältnis der Anzahl der Nicht-Inanspruchnehmenden zur Anzahl

der Inanspruchnehmenden), der in der Literatur ebenfalls auftaucht, wird hier zur Vermeidung von Missverständnissen nicht verwendet.

- 5 Da das NIEP vor der Einführung des Euro durchgeführt wurde, werden die Geldbeträge in DM angegeben, die Grundlage der Befragung und der Berechnungen war.
- 6 Die Zahlen für 1979 sind aus Hartmann (1981) und die Zahlen für 1991 aus Hauser/Hübinger (1993) entnommen.

Becker, Irene, Hauser, Richard, 2005: *Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen*. Berlin: edition sigma.

Hartmann, Helmut, 1981: *Sozialhilfebedürftigkeit und ‚Dunkelziffer der Armut‘. Bericht über das Forschungsprojekt zur Lage potentiell Sozialhilfeberechtigter*. Stuttgart: Kohlhammer.

Hauser, Richard, Hübinger, Werner, 1993: *Arme unter uns. Teil 1: Ergebnisse und Konsequenzen der Caritas-Armenuntersuchung*, Freiburg im Breisgau: Lambertus.

Kayser, Hilke, Frick, Joachim R., 2000: *Take it or leave it: (Non) Take-up behaviour of social assistance in Germany*. DIW Discussion paper, Berlin.

Kortmann, K., Sopp, P., Thum, M., 2003: *Das Niedrigeinkommens-Panel (NIEP) – Methodenbericht zur Gesamtuntersuchung. Forschungsbericht Nr. 300-M des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung*. Bonn.

Riphahn, Regina T., 2001: *Rational poverty or poor rationality? The take-up of social assistance benefits. Review of income and wealth* 79(3): 379-398.

Wilde, Joachim, Kubis, Alexander, 2005: *Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe. Eine empirische Analyse des Unerwarteten*. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 225(3): 347-373.

■ **Tatjana Mika,**
Deutsche Rentenversicherung Bund
 Tel: 030 / 865-89541
 tatjana.mika@drv-bund.de

Dunkelziffer der Armut

Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen – Buchhinweis

Die soeben als Buchpublikation erschienene Studie von Irene Becker und Richard Hauser greift die sozialpolitisch ebenso bedeutsame wie brisante Frage nach der „Dunkelziffer der Armut“ auf und leistet einen wesentlichen Beitrag, dieses Problemfeld empirisch zu beleuchten. Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, ob Haushalte, die einen Anspruch auf Sozialhilfeleistungen haben, auch entsprechende Leistungen erhalten. Die daran anschließende Identifizierung von Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme konzentriert sich auf Einstellungen zum Sozialhilfebezug und die Kenntnis über Voraussetzungen der Inanspruchnahme von Leistungen. Da das „Dunkelfeld der Armut“ nicht direkt beobachtbar ist, werden verschiedene Datengrundlagen herangezogen und ein umfangreiches Methodeninventar – insbesondere auch Simulationsmodelle – eingesetzt, um zuverlässige empirische Informationen zu dieser sozialpolitisch relevanten Problematik zu gewinnen.

Nach der Einführung in die Thematik behandelt der erste Teil des Bandes die empirischen Grundlagen der Untersuchung und diskutiert die Möglichkeiten und Grenzen von Simulationsmodellen zur Bestimmung des „Anspruchs auf Hilfe zum Lebensunterhalt“. Im Mittelpunkt des zweiten und dritten Teils ste-

hen die Simulationsrechnungen, mit denen insbesondere Quoten der Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen und nicht realisierte Anspruchsvolumina ermittelt werden. Zu den zentralen Ergebnissen gehört hier, „dass auf drei HLU-Empfänger mindestens zwei, eher drei weitere Berechtigte kommen“ (S. 221). Der abschließende vierte Teil des Bandes untersucht die potenziellen Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen. Die Befunde zeigen, dass dabei nicht nur Informationsdefizite eine große Rolle spielen, sondern Sozialhilfeberechtigte z.T. auch deshalb auf ihre Ansprüche verzichten, weil sie befürchten, dass ihre Angehörigen zu Zahlungen herangezogen werden könnten.

Die mit diesem Band vorgelegte gründliche und umfassende Untersuchung des Dunkelfeldes der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen zur Sicherung des Existenzminimums führt zu vielen neuen Einsichten und trägt wesentlich dazu bei, die bis dahin großen Informationsdefizite auf diesem Gebiet abzubauen. Die Studie setzt aber nicht zuletzt auch methodische Maßstäbe, was den empirischen Zugang zu dieser komplexen Problematik angeht. Mit seinen insbesondere auch für die Politik unmittelbar relevanten Befunden ist



dem Band eine breite – über die engere fachwissenschaftliche Diskussion hinausreichende – Resonanz zu wünschen.

Irene Becker, Richard Hauser. Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen. (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung; 64). Berlin. Edition Sigma, 2005, ISBN 3-89404-995-2, Preis: EUR 16,90

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel.: 0621 / 1246-241
noll@zuma-mannheim.de

Neue Internetangebote der Abteilung Soziale Indikatoren

Schlüsselindikatoren 1950-2005

Die Schlüsselindikatoren des Deutschen Systems Sozialer Indikatoren wurden aktualisiert und dokumentieren nun den Zeitraum von 1950-2005. Mit der Auswahl von 83 Indikatoren aus den 14 Lebens- und Politikbereichen des Indikatorensystems wird ein komprimiertes und übersichtliches Gesamtbild der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland gezeichnet. Die Zeitreihendaten für die ausgewählten Schlüsselindikatoren werden speziell aufbereitet und auch in grafischer Form dargestellt.

ISI digital

Alle Ausgaben des Informationsdienstes Soziale Indikatoren (ISI) werden zeitgleich mit der Veröffentlichung auch als pdf-Dateien im Internet publiziert. Nun wurden auch die ISI-Ausgaben 1-16 digitalisiert und in das Internetangebot aufgenommen. Damit stehen jetzt sämtliche Ausgaben von ISI in digitaler Form zum freien Download bereit.

Diese und alle weiteren Angebote der Abteilung Soziale Indikatoren finden Sie auf folgender Internetseite:
www.gesis.org/Sozialindikatoren/

Starke Einbußen des subjektiven Wohlbefindens bei Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit

Verlaufsanalysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel

Die amtliche Pflegestatistik zeigt, dass derzeit von den 2,1 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland mehr als zwei Drittel im eigenen Haushalt versorgt werden (Statistisches Bundesamt 2005). Die Hilfe von Angehörigen, zum Teil mit Unterstützung von Pflegediensten, erlaubt es offenbar vielen Pflegebedürftigen, in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu verbleiben. Krankheit und Behinderung stellen allerdings eine enorme Herausforderung für Betroffene und deren Familien dar und haben erhebliche Konsequenzen für deren Wohlbefinden. In diesem Beitrag wird zunächst untersucht, in welchem Umfang Hilfeleistungen für kranke, alte und behinderte Menschen erbracht werden und welche Art von Unterstützung benötigt wird. Anhand von Längsschnittdaten wird zudem analysiert, inwieweit der Grad der Hilfebedürftigkeit im Zeitverlauf stabil bleibt und wie sich das subjektive Wohlbefinden ändert, wenn Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit im Lebensverlauf auftritt.

Datenbasis für die folgenden Analysen bildet das Sozio-ökonomische Panel (SOEP), die größte sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Längsschnittbefragung von Haushalten und Personen in Deutschland. Der besondere Vorteil dieser Befragung liegt vor allem darin, dass Haushalte und Personen seit 1984 wiederholt befragt wurden und damit Untersuchungen zu Stabilität und Veränderung möglich sind. Über die verschiedenen Befragungswellen hinweg wurden Informationen von nahezu 50 000 Personen ausgewertet.¹

Angehörige überwiegen als Hilfe- und Pflegeleistende

Betrachtet man zunächst, wie verbreitet andauernde Hilfe- und Pflegebedürftigkeit aufgrund von Alter, Krankheit oder Behinderung in Deutschland ist, zeigt sich, dass 2,6% der Wohnbevölkerung ab 17 Jahren andere Haushaltsmitglieder haben, die Unterstützung benötigen, weitere 2,4% sind selbst hilfe- oder pflegebedürftig (Tabelle 1). Unterschiede gibt es hinsichtlich der Schwere der Beeinträchtigungen und damit auch bei der Art der erforderlichen Hilfe für die betroffenen Menschen. Bei 15% der hilfebedürftigen Personen reicht es aus, wenn Besorgungen und Erledigungen außer Haus übernommen werden, 25% benötigen Unterstützung bei der Haushaltsführung und der Versorgung mit Mahlzeiten und Getränken. Der größte Teil der Hilfebedürftigen benötigt einfache Pflegetätigkeiten, wie z.B. Hilfen beim An- und Auskleiden und der Körperpflege. Auch schwerwiegende Pflegetätigkeiten werden von den privaten Haushalten in nicht unerheblichem Umfang geleistet: 23% aller Hilfebedürftigen erhalten Pflegeleistungen, die eine umfassende Versorgung im Alltag und Leistungen, wie z.B. Umbetten beinhalten.

Der große Umfang der häuslichen Hilfe- und Pflegeleistungen lässt den Schluss zu, dass die Unterstützungsbereitschaft und damit der soziale Zusammenhalt in den Familien auch heute noch stark ausgeprägt ist. Angehörige spielen demnach die wichtigste Rolle: 87% der

Hilfe- und Pflegebedürftigen werden von Angehörigen unterstützt. Mitarbeiter privater Pflegedienste, kirchliche Gemeindeschwestern oder Sozialhelfer leisten bei 20% der Hilfebedürftigen Unterstützung. Der professionellen Betreuung kommt dann eine besondere Bedeutung zu, wenn keine Angehörigen für Hilfeleistungen vorhanden sind, aber auch wenn es darum geht, die Familien bei ihren Pflegeleistungen zu unterstützen. Auch Nachbarn und Freunde sind bei 10% der Fälle in die Hilfeleistungen involviert.

Wer in erheblichem Maße der Hilfe bedarf, hat auch Anspruch auf materielle Zuwendungen: Knapp zwei Drittel erhalten Leistungen der Pflegeversicherung. Als Voraussetzung zur Einstufung in die Pflegestufe I ist z.B. festgelegt, dass der tägliche Aufwand für hauswirtschaftliche Versorgung und Grundpflege mindestens 90 Minuten beträgt. Das beinhaltet Unterstützung für Körperpflege, Ernährung und Mobilität. In den beiden höheren Pflegestufen ist der entsprechende Zeitaufwand mit mindestens drei bzw. fünf Stunden festgelegt. Insgesamt erhalten 62% der Hilfebedürftigen Leistungen der Pflegeversicherung. Dass selbst in der Kategorie „schwierige Pflege“ bei 14% keine Leistungen der Pflegeversicherung angegeben werden, zeigt, dass neben der amtlichen Einordnung ein weiterer Spielraum für informelle Hilfe besteht. Dieser ist bei geringeren Schweregraden noch erheblich größer.

Tabelle 1: Hilfe- und Pflegebedarf in Privathaushalten

	%
Anteil von Hilfe- oder Pflegebedürftigen	
• Befragter ist selbst hilfe-/pflegebedürftig	2,4
• Andere Person im Haushalt ist hilfe-/pflegebedürftig	2,6
Hilfe-/Pflegebedarf:	
• Besorgungen außer Haus	15
• Haushaltsführung / Essen	25
• Einfache Pflege	37
• Schwierige Pflege	23
Hilfeleistende ¹ :	
• Nachbarn / Verwandte / Freunde	10
• Pflegedienst / Schwester	20
• Angehörige außerhalb des Haushalts	22
• Angehörige im Haushalt	75

¹ Mehrfachnennungen möglich

Datenbasis: Befragte ab 17 Jahren, Sozio-ökonomisches Panel 2004

Tabelle 2: Unterstützung durch die Pflegeversicherung bei Hilfe- oder Pflegebedarf

	Anteil mit Leistungen der Pflegeversicherung %	davon % in Pflegestufe		
		I	II	III
Alle Hilfe-/Pflegebedürftige	62	62	25	12
Hilfe-/Pflegebedarf:				
• Besorgungen außer Haus	35	92	7	0,2
• Haushaltsführung / Essen	44	78	11	10
• Einfache Pflege	72	76	21	3
• Schwierige Pflege	86	25	44	31

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 2004

Tabelle 3: Haushaltsmerkmale von Hilfe- oder Pflegebedürftigen

	Verteilung nach Haushaltsgröße			Anteil Männer	Lebenspartner im Haushalt
	1 Person	2 Personen	3 und mehr Personen		
Alle Hilfe-/Pflegebedürftige	39	46	16	32	42
Hilfe-/Pflegebedarf:					
• Besorgungen außer Haus	45	41	14	12	30
• Haushaltsführung / Essen	45	39	16	39	35
• Einfache Pflege	35	46	19	38	46
• Schwierige Pflege	33	54	13	32	50

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 2004

Wie der Bedarf von Hilfeleistungen mit demografischen Merkmalen zusammenhängt, wird auch in den Medien vielfach diskutiert. Auffällig sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Die Tatsache, dass zwei Drittel der Hilfe- und Pflegebedürftigen Frauen sind (Tabelle 3), hängt nicht zuletzt mit deren höherer Lebenserwartung zusammen. Denn vor allem Hochbetagte benötigen Hilfe oder Pflege (Grafik 1). Heute lebt die Mehrheit der zu pflegenden Menschen in Mehrpersonenhaushalten. Einfache und auch schwierige Pflege benötigende Personen leben zu etwa einem Drittel in Einpersonenhaushalten und etwa zur Hälfte zusammen mit dem Ehe- oder Lebenspartner. In den niedrigeren Schweregraden leben die Betroffenen häufiger in Einpersonenhaushalten.

Günstige Entwicklungen auch bei schwerem Pflegebedarf möglich

Gesundheit und Krankheit sind keine statischen Zustände, die unverändert bleiben müssen. Die Kenntnis davon, ob und in welchem Umfang Verbesserungen oder Verschlechterungen der Situation vorkommen, stellt eine wichtige Information zur Beurteilung der Lebensqualität von Hilfebedürftigen dar. Auf Grundlage der wiederholten Befragung der Personen und Haushalte von 1991 bis 2004 wird deshalb untersucht, wie wahrscheinlich das Verbleiben oder der Übergang in andere Grade von Hilfebedürftigkeit zwischen zwei Untersuchungsjahren sind.² Ausgewiesen wird die Wahrscheinlichkeit, in einem bestimmten Schweregrad zu verweilen oder eine Verbesserung bzw. eine Verschlechterung zu erfahren (Tabelle 4).³

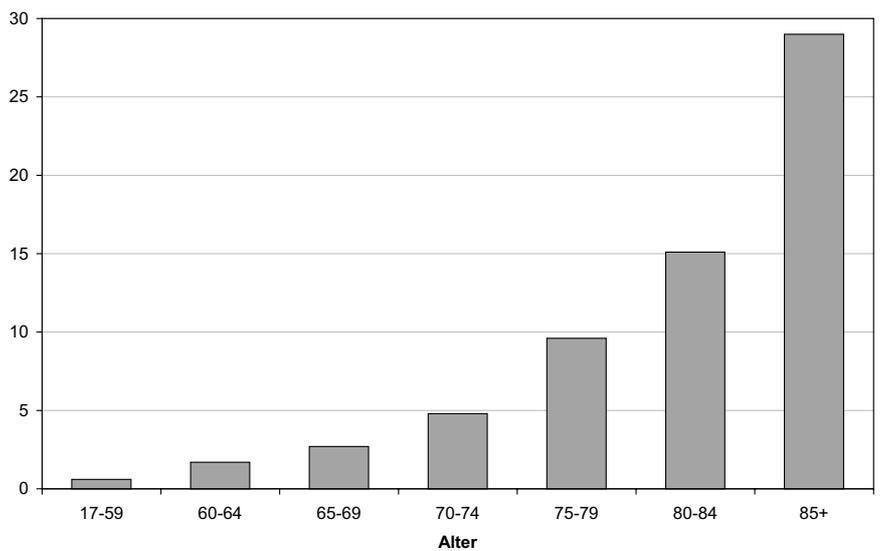
Wie zu erwarten ist die Chance einer Verbesserung mit 47% dann am größten, wenn der Schweregrad der Hilfebedürftigkeit am geringsten ist. Auf der niedrigsten Stufe bedeutet dies, dass für nahezu die Hälfte der Betroffenen im Folgejahr keine Hilfebedürftigkeit mehr vorliegt. Die Aussicht, die Erledigungen außer Haus wieder selbst auszuführen, ist unter diesen Umständen durchaus realistisch. Dennoch kann die weitere Entwicklung auch ungünstiger verlaufen. Immerhin sind die Wahrscheinlichkeiten des Verbleibs in dieser Stufe mit 21% oder gar einer Verschlechterung mit 26% ebenfalls beachtlich.

Auch in der nächsthöheren Stufe, d.h. im Fall von Personen, die Unterstützung bei der Haushaltsführung, Versorgung mit Mahlzeiten und Getränken benötigen, stehen die Chancen einer günstigen Entwicklung noch vergleichsweise gut: die Wahrscheinlichkeit einer Verbesserung im Folgejahr liegt bei 39%; sogar

die Chance, dass in diesem Falle keine Hilfeleistungen mehr benötigt werden, ist mit 31% durchaus beachtlich. Der weitere Verlauf ist aber nicht durchweg günstig. Das Ausmaß an Persistenz (31%) und die nicht gerade geringe Wahrscheinlichkeit einer Verschlechterung (22%) machen die Risiken der weiteren Entwicklung auch bei weniger schwerwiegender Hilfebedürftigkeit deutlich.

Selbst bei schweren Gebrechen, wenn Pflegebedürftigkeit im engeren Sinn vorliegt, besteht immer noch eine realistische Aussicht auf eine günstige Entwicklung. Die Chance einer Verbesserung liegt für Personen, die Hilfe beim An- und Auskleiden, Waschen, Kämmen oder Rasieren brauchen (einfachere Pflege), immerhin bei 34%. Für 23% bedeutet dies sogar, auf keine Hilfe mehr angewiesen zu sein. Die hohe Wahrscheinlichkeit pflegebedürftig zu bleiben (42%), verbunden mit dem Risiko sogar ein Fall von schwieriger Pflege zu werden (14%), zeigt jedoch, wie unsicher der weitere Verlauf für die Betroffenen ist.

Grafik 1: Anteil von Hilfe- oder Pflegebedürftigen nach Altersgruppen



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 2004

Tabelle 4: Wahrscheinlichkeit einer Verbesserung oder Verschlechterung bei verschiedenen Graden des Hilfe- oder Pflegebedarfs zwischen den Beobachtungszeitpunkten¹

	Hilfe-/ Pflegebedarf im Folgejahr (%)			
	konstant	höher = Verschlechterung	geringer = Verbesserung	kein Hilfe-/ Pflegebedarf mehr
Hilfe-/Pflegebedarf:				
• Besorgungen außer Haus	21	26	47	47
• Haushaltsführung / Essen	31	22	39	31
• Einfache Pflege	42	14	34	23
• Schwierige Pflege	52	-	33	16

¹ Ermittelt aus den Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen den verschiedenen Graden der Hilfe-/Pflegebedürftigkeit

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 1991-2004

Tabelle 5: Durchschnittliche Zufriedenheit in Abhängigkeit von Hilfe- oder Pflegebedarf im Zeitraum von 1991 - 2004

	Gesundheits-zufriedenheit ¹ (0-10)	Lebens-zufriedenheit ¹ (0-10)
Hilfe-/ Pflegeleistung von 1991 - 2004 nie benötigt	6,8	7,0
Hilfe-/ Pflegeleistung gegenwärtig nicht benötigt - aber mindestens 1 mal von 1991 - 2004	4,5	6,2
Aktueller Hilfe-/Pflegebedarf:		
• Besorgungen außer Haus	3,2	5,6
• Haushaltsführung / Essen	3,1	5,3
• Leichte Pflege	2,7	4,8
• Schwierige Pflege	2,1	4,3

¹ Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 1991 - 2004

Welche Veränderungen sind nun mit dem Auftreten dieser einschneidenden Lebensereignisse zu beobachten? Aus den in Tabelle 6 dargestellten Ergebnissen geht hervor, dass das Auftreten von Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit im Lebensverlauf mit deutlichen Zufriedenheits-einbußen einhergeht: Wird nur Unterstützung bei den Besorgungen außer Haus benötigt, sinkt die Lebenszufriedenheit bereits um 0,6 und die Gesundheitszufriedenheit um 1,1 Skalenpunkte. Je höher der Grad der Hilfebedürftigkeit ist, desto stärker sinken Gesundheits- und Lebenszufriedenheit ab. In der höchsten Stufe der Hilfebedürftigkeit geht die Lebenszufriedenheit um 1,8 und die Gesundheitszufriedenheit um 2 Skalenpunkte zurück. Das parallele Absinken der Gesundheits- und Lebenszufriedenheit ist ein deutliches Indiz, dass nicht nur partielle Beeinträchtigungen wahrgenommen werden, sondern dass die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit als deutlich verschlechtert angesehen werden.

Mit zunehmendem Grad der Hilfebedürftigkeit nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, im Beobachtungsverlauf in der gleichen Kategorie zu verbleiben, und beträgt in der Kategorie der schwierigen Pflege mehr als 50%. Dennoch hat etwa jeder Dritte in der höchsten Stufe der Hilfebedürftigkeit die Aussicht auf Besserung. Sogar ein weitgehend unabhängiges Leben ohne Hilfebedürftigkeit ist bei dieser Ausgangslage unter Umständen wieder möglich (16%). Hilfe- und Pflegebedürftigkeit erweist sich insgesamt nicht nur als statischer Zustand, sondern geht mit einem erheblichen Ausmaß an Veränderung einher, wobei vor allem in Fällen geringerer Schwere die Chance auf eine Verminderung der Beeinträchtigung überwiegt.

Starker Rückgang der Lebenszufriedenheit bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit

Neben dem Grad der Abhängigkeit von Hilfeleistungen und ihrer Veränderung stellt sich die Frage, wie sich das subjektive Wohlbefinden mit dem Eintritt von Hilfe- und Pflegebedarf verändert. Als Indikatoren werden die Zufriedenheit mit der Gesundheit, aber vor allem auch die Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt verwendet. In der Regel haben ungünstige Bedingungen in einem einzelnen Lebensbereich nur mäßige Auswirkungen auf die übergreifende Lebenszufriedenheit, da viele Facetten des Lebens in diese Bewertung eingehen. Sind Krankheit oder Behinderung aber so stark ausgeprägt, dass man im Alltag auf Hilfe angewiesen ist, hat dies vielfältige Auswirkungen auf das gesamte Leben. Die Auswertung der jährlichen Beobachtungen von 1991 bis 2004 ermöglicht neben dem Vergleich des subjektiven Wohlbefindens von Personen mit unterschiedlichen Schweregraden von Hilfebedürftigkeit auch die direkte Untersuchung der Zufriedenheitsveränderungen, die mit dem Eintreten verschiedener Grade von Hilfebedürftigkeit zu beobachten sind. Die Zufriedenheit wird auf einer Skala von 0 „ganz und gar

unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“ gemessen.

Wie aus Tabelle 5 zu ersehen, äußern sich Befragte, die zu keinem der Befragungszeitpunkte Hilfeleistungen benötigten, erwartungsgemäß mit ihrem Leben, vor allem aber mit ihrer Gesundheit zufriedener als Personen, die Unterstützung benötigten. In Abhängigkeit vom Schweregrad weist sowohl die Lebenszufriedenheit, vor allem aber die Gesundheitszufriedenheit extrem niedrige Werte auf. Zwar sind in den Befragungsjahren, in denen Befragte aktuell Hilfeleistungen benötigten, die Gesundheits- und auch Lebenszufriedenheit besonders niedrig, dennoch fällt auf, dass auch in den Jahren, in denen diese Unterstützung nicht benötigt wurde, ebenfalls unterdurchschnittliche Zufriedenheiten geäußert wurden, insbesondere bei der Gesundheitszufriedenheit. Dies weist auf einen kontinuierlich schlechten Gesundheitszustand dieser Personen hin.

Schwere Erkrankungen und Behinderungen treten vielfach nicht von heute auf morgen auf, sondern entwickeln sich über einen längeren Zeitraum. Bereits ein Jahr vor dem Eintritt der Hilfebedürftigkeit sinkt sowohl die Gesundheitszufriedenheit (-0,8) als auch die Lebenszufriedenheit (-0,5) merklich ab. Der Rückgang des subjektiven Wohlbefindens würde wohl bei einem unvermittelten Eintritt von Hilfebedürftigkeit noch drastischer ausfallen. Selbst unter ungünstigen Bedingungen haben Menschen häufig kein geringes subjektives Wohlbefinden, vor allem, wenn ungünstige Umstände längere Zeit andauern. Sowohl positive als auch negative Lebensereignisse führen meist nur zu kurzfristigen Zufriedenheitsveränderungen, weil die Betroffenen mit der Zeit ihre Erwartungen an die neuen Umstände anpassen. Die dazu führenden psychischen Mechanismen kommen möglicherweise dann an Grenzen, wenn die objektiven Bedingungen extrem schlecht sind. Eine weitere wichtige Frage betrifft deshalb die Adaption an

Tabelle 6: Zufriedenheitsveränderung beim Auftreten von Hilfe-/Pflegebedürftigkeit¹

	Veränderung der Gesundheits-zufriedenheit 0-10	Veränderung der Lebenszufriedenheit 0-10
Jahr vor Hilfe-/Pflegebedarf	-0,8	-0,5
Aktueller Hilfe-/Pflegebedarf:		
• Besorgungen außer Haus	-1,1	-0,6
• Haushaltsführung/ Essen	-1,5	-1,0
• Einfache Pflege	-1,7	-1,4
• Schwierige Pflege	-2,0	-1,8
Dauer: Wiederanstieg pro Jahr mit Hilfe-/Pflegebedarf	+0,1	0

¹ Ergebnisse von Regressionsanalysen mit fixed effects für Personen; ausgewiesen ist die Veränderung gegenüber dem Mittelwert der Beobachtungsjahre ohne Hilfe-/ Pflegebedarf
Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“

Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 1991 - 2004

schwere gesundheitliche Einschränkungen. Nimmt mit zunehmender Dauer von Hilfebedürftigkeit die Zufriedenheit wieder zu? Nur bei der Gesundheitszufriedenheit ist ein äußerst schwacher Wiederanstieg von weniger als 0,1 Skaleneinheiten pro Jahr nachzuweisen. Das bedeutet, dass nur bei sehr langer Dauer der Hilfe- oder Pflegesituation überhaupt ein nennenswerter Anstieg der bereichsspezifischen Zufriedenheit stattfindet. Die übergreifende subjektive Bewertung der Lebensbedingungen, die Zufriedenheit mit dem Leben, steigt – anders als bei anderen einschneidenden Ereignissen⁴ – auch bei langjähriger Dauer von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit nicht an. An derart gravierende Einschränkungen der objektiven Lebensbedingungen können sich Betroffene offensichtlich nicht anpassen. Die Versorgung im eigenen Haushalt ist zwar ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität von Hilfe- und Pflegebedürftigen, aber nur durch eine deutliche Verbesserung der gesundheitlichen Situation ist unter diesen Umständen ein nachhaltiger Wiederanstieg des subjektiven Wohlbefindens zu erwarten.

- 1 Die Daten für diesen Beitrag wurden auf Basis der SOEP Datenbank des DIW Berlin (www.diw.de/soep) unter Verwendung des Add-On-Pakets SOEPMENU für STATA(r) aufbereitet (vgl. Haisken-DeNew (2005)).
- 2 Auf die Beobachtungsjahre vor 1991 wurde wegen einer Veränderung der Antwortkategorien verzichtet.
- 3 Die Beteiligung an der Wiederholungsbefragung ist nicht unabhängig vom Grad der Hilfebedürftigkeit. Die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls liegt mit zunehmender Schwere der Hilfebedürftigkeit zwischen 6% und 15%.
- 4 Analysen zum Verlauf der Lebenszufriedenheit im Zusammenhang mit Ehescheidungen haben beispielsweise ergeben, dass das subjektive Wohlbefinden nach einem vorübergehenden Rückgang im Laufe der Zeit vielfach wieder das frühere Niveau erreicht. Vgl. dazu u.a. Andreß (2004: 1-5).

Andreß, Hans Jürgen, 2004: Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftli-

chen Folgen von Trennung und Scheidung. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 31: 1-5.

Haisken-DeNew, John P., 2005: SOEP Menu: A Menu-Driven Stata/SE Interface for Accessing the German Socio-Economic Panel (www.soepmenu.de).

Statistisches Bundesamt, 2005: Bericht: Pflegestatistik – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse. Bonn.

■ **Stefan Weick, ZUMA**
Tel.: 0621 / 1246-245
weick@zuma-mannheim.de

„Atlas of European Values“ zeigt die Vielfalt in den Wertorientierungen der europäischen Bürger

Buchhinweis

Im Rahmen der European Values Study (EVS) wurde von der Universität Tilburg der „Atlas of European Values“ veröffentlicht. Die Autoren Loek Halman, Ruud Luijckx und Marga van Zundert präsentieren die Ausprägung sozialer, kultureller, politischer, moralischer und religiöser Werte, die in den Umfragen der European Values Study und dem World Value Survey der Jahre 1999/2000 erhoben wurden. Die Dokumentation umfasst 33 Länder, von Island bis Aserbaidschan, von Portugal bis zur Ukraine, von Finnland bis Malta. Eingeleitet wird der Band mit einem Vorwort des niederländischen Premierministers Dr. Jan Peter Balkenende, der die Bedeutung gemeinsamer Werte für die europäische Integration unterstreicht.

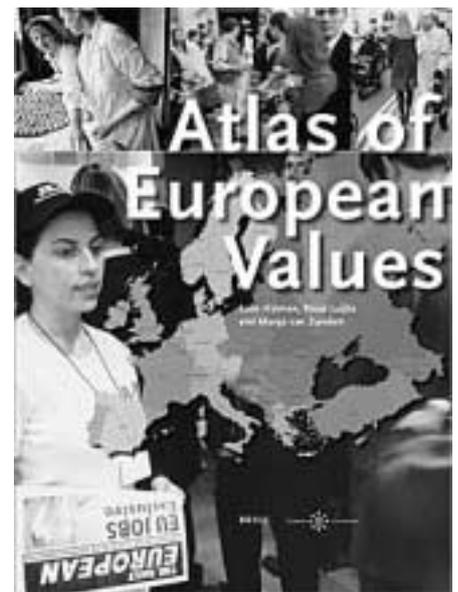
In sieben Kapiteln werden die Themen Europa, Familie, Arbeit, Religion, Politik, Gesellschaft und Wohlfahrt behandelt. Auf 140 Seiten geben rund 200 farbige Abbildungen, Tabellen und Landkarten einen graphischen Überblick über die Unterschiedlichkeit der europäischen Bevölkerungen. Die verglichenen Einheiten sind zumeist Nationalstaaten, doch werden auch Ländergruppen gebildet oder regionale Verteilungen innerhalb einzelner Länder untersucht. Zu jedem Themenbereich werden zudem aus sozialwissenschaftlichen Pro-

jekten Bezüge zu aktuellen Debatten und Entwicklungen hergestellt und mögliche Entwicklungen in der Zukunft angesprochen.

Ein zentrales Ergebnis ist, dass die Europäer gemeinsame Werte wie Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Menschenwürde und Solidarität hochhalten. Die große Vielfalt Europas zeigt sich hingegen in den Einstellungen zu Ehe und Familie, Religion, Arbeit und Politik. Ergänzt werden die Umfrageergebnisse durch Sozialindikatoren aus der amtlichen Statistik. Abschließend werden die Länder Europas im weltweiten Maßstab nach Ronald Ingleharts Konzepten von Modernisierung und Postmodernisierung verglichen. Ein vollständiges Inhaltsverzeichnis, einige Beispielkarten sowie die Presseerklärungen zur Veröffentlichung können unter www.atlasofeuropeanvalues.com eingesehen werden.

Loek Halman, Ruud Luijckx, Marga van Zundert. Atlas of European Values. (European Values Studies, 8). Tilburg University. Leiden: Brill Academic Publishers, ISBN 9004144609, Hardcover, 140 Seiten, Preis: EUR 159,-

■ **Angelika Scheuer, ZUMA**
Tel.: 0621 / 1246-249
scheuer@zuma-mannheim.de



Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
<http://www.gesis.org/sozialindikatoren>

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Angelika Scheuer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastruktur-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Soziale Indikatoren und Lebensqualität Zwei Konferenzen in Südafrika

Im Juli 2006 werden zwei wichtige internationale sozialwissenschaftliche Kongresse erstmals auf dem afrikanischen Kontinent veranstaltet.

7th Conference of the International Society for Quality-of-Life Studies:
Prospects for Quality of Life in the New Millennium
17.-20. Juli 2006, Grahamstown, South Africa

Die siebte Konferenz der International Society for Quality-of-Life Studies (ISQOLS) wird dieses Jahr unter dem Thema „Prospects for Quality of Life in the New Millennium“ an der Rhodes University in Grahamstown, Südafrika stattfinden. Das Beispiel Südafrikas, das Elemente der ersten und der dritten Welt verbindet, zeigt Wege auf, wie die Überwindung von Armut und Unterentwicklung sowie das harmonische Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen und Religionen in nachhaltiger Weise gelingen kann. Die internationale Konferenz bietet eine Plattform für verschiedene Wissenschaftsdisziplinen zur Präsentation und Diskussion von Beiträgen aus dem Bereich der Lebensqualitätsforschung. Neben Plenarveranstaltungen werden auch Foren zu einer großen Zahl von spezifischen Themen angeboten.

Detaillierte Informationen zur ISQOLS-Konferenz sind im Internet unter folgender Adresse zu finden:
www.ru.ac.za/conferences/isqols/

XVI ISA World Congress of Sociology:
The Quality of Social Existence in a Globalising World
23.-29. Juli 2003, Durban, South Africa

Der 16. Weltkongress der International Sociological Association (ISA) wird unter dem Thema „The Quality of Social Existence in a Globalising World“ in Durban abgehalten. Neben vielfältigen Angeboten zu spezifischen Themen umfasst der Kongress auch eine Serie von Plenarveranstaltungen und Symposien zu Fragen der Globalisierung.

Themen, mit denen sich die Veranstaltungen der ‚Working Group on Social Indicators‘ befassen, sind:

- Social reporting to guide policy
- Monitoring regional and community quality of life in a globalising world
- Subjective and objective social indicators of life quality: The new science of happiness
- Continuity and change in quality of life trends
- Health and well-being

Detaillierte Informationen zum ISA-Kongress sind im Internet unter folgender Adresse zu finden:
www.ucm.es/info/isa/congress2006/